

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafts / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Periodikum für den Monat mit Preis 2 RM (halbmonatlich 1 RM). Durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme" Dresden-Altstadt und Großblonie Eisenbahnhof 2 / Herausgeber-Gemeinnahmen 17250 / Postleitzettel Dresden Nr. 13333. Emil Schlegel Siedlung Dresden-Altstadt Eisenbahnhof 2 / Herausgeber: Amm Dresden Nr. 17249 / Druckerei: "Arbeiterstimme" Dresden / Siedlungskunden der Poststelle Pochtingen 4-6 Uhr (ca. Dienstag u. Donnerstag)

Umsatzpreis: Die neuromanisch gesetzten Nummern erscheinen ab dem zweiten Quartal 1925 RM. für Familienzettel 0,20 RM. für die Postkarte ansonsten an den zentralen Poststellen 1,25 RM. Ausgaben-Ausnahme bis vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Siedlung Dresden-Altstadt Eisenbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gehalt beliebt ein Anspruch auf Erweiterung der Zeitung oder auf Aufzähllung des Bezugstreffens

3 Jahre lang

Mittwoch, den 23. Februar 1927

Nummer 45

Gegen den Schnappart

Für die 48-Stundenwoche / Nieder mit Feigheit und Verrat!

Die Beschießung Shanghais

Die Nordarmee zerfällt

Dresden, den 23. Februar 1927.

RR. Am 21. d. M. haben die Gewerkschaften und die Metallindustrie einen Pakt abgeschlossen, der in seiner Wirkung darauf hinauskommen muß ein zwölfs Stundenlanges Arbeitstag. Dort verbrauchen die Gewerkschaftsführer den Kampftag der Arbeiter, die dort zum ersten Male seit langer Zeit den Kampf um die achtkundige Arbeitszeit aufzunehmen scheint als Metallarbeiterkraft Kampftaglosen vor dem Gesetz. Wieder soll die Kampftag geahndet werden, obgleich schon die ersten Zeichen eines vollen Sieges zeigen.

Die in Dresden getroffenen Vereinbarungen zeigen, daß die Metallindustriellen vor der geschlossenen Kampffront der Arbeiter zurücktreten. Gegen den jetzt bestehenden Tag in Peking ist der Abschluß von Dresden eine geringfügige Verfehlung. Die Vereinbarung zeigt, daß die Unternehmer einen Schritt zurücktreten. Diese Tatsache aber beweist den Schreiber, daß es der Wucht eines geschlossenen Kampfes gehen würde auch in der gegenwärtigen Situation die Unternehmer zu folgen. Es zeigt, daß die Leipziger Metallarbeiter zu ihrem Kampf auf dem Wege waren, die 48-Stundenwoche eine Zusatzausgabe restlos durchzuführen. Die jetzt von den Betriebsführern mit den Metallindustriellen getroffenen Vereinbarungen bedeuten in dieser Lage nichts anderes als eine Zusage für die Unternehmer, eine Verhinderung des Sieges. Die Einigung stellt die verdeckte Anerkennung der 48-Stundenwoche dar. Die neuromane Metallarbeiterkraft muß deswegen diese Verhandlungen auf das schärfste ablehnen, und das Vorhaben der Unternehmer auf das schärfste verurteilen. Die Dresden Vereinbarung unterstellt selbstverständlich die Abmachungen. Um den Arbeitern Schwachheit zu machen, erklärt sie füllt und so, daß sie ihnen die Erringung des Achtkundentages bedeute.

Da außer dieser Vereinbarung für Leipzig noch eine steht besteht und weiter in Kraft bleibt, daß Arbeitnehmer nicht mehr werden darf, so weit sein Platz frei ist und so nicht durch Reineinführung nicht möglich sind, so bedeuten die Vereinbarungen doch Überstunden nur geleistet werden, sofern keine Regelstunden nicht in Arbeit kommen und so, sobald wirksame Fortsetzung für den Betrieb notwendig ist. Damit ist praktisch der Abschluß erzielt. Die Fortsetzung ist allerdings, daß die Arbeitnehmer den 48-Stundenlangen auch mittlerweile nicht überstehen, wenn dafür keine wirtschaftlichen Notwendigkeiten vorliegen."

So weiter interpellant, von der Volkszeitung zu erfahren, daß nach ihrer Auflösung die "wirtschaftliche Krisenzeit" mit der Unternehmenskrisis vorhanden wäre. Mit dem leichten Bild kann allein kennzeichnen die Volkszeitung ihre Behauptung, daß das erreichte Achtkundentag als unwahr. Dann aber, da Schreiber der obigen Zeilen wissen ganz genau, daß die Vereinbarungen gar etwas anderes, nämlich die 48-Stundenlangen bestreiten. Der Terror der Unternehmer, die finanzielle Verluste durch Überstunden ein paar Pfennige mehr kost zu erhalten werden die ständige Durchbrechung des 48-Stundenlangen, was mich bringen. Am Gegenstand war Dresdner Volkszeitung den Metallarbeitern diese Vereinbarungen, als das Ziel eines Kampfes schwachhaft machen will, schreibt dann auch die Leipziger Volkszeitung:

Die Metallarbeiter werden morgen in 9 Mittwochabendverhandlungen in dem Ergebnis Stellung nehmen und im Mittwochabend eine heftige Stimmung durchdringen. Von der Abstimmung wird es abhängen, ob das Angebot der Unternehmer ausreichend ist, um den Wirtschaftskrisen wieder herzustellen.

Das Ergebnis kann nicht voll befriedigen, stellt aber sicher, daß dem bisherigen Nachteil der Unternehmer und dem kleinen Geschäftsmann des Herren Brundt einen Erfolg dar. Vor allem ist den Betrieben, welche bisher noch eine 48- und mehrstündige Arbeitswoche haben, der Weg freigemacht."

Die Leipziger Volkszeitung erkennt also an, daß durch die Abstimmung nicht die 48-Stundenwoche gegen die 48-Stundenlangen durchgesetzt wurde, sondern die 48-Stundenwoche. Die Dresdner Volkszeitung sucht den Weg, auf dem sie die Abstimmung von den Organisationsteilen auf die Arbeiter abladen kann. Eine solche Haltung ist schon offener Verzug.

Die Metallarbeiterkraft darf sich auf keinen Fall mit den Verhandlungen zu beschäftigen geben. Die unabdingbare Ablehnung ist die elementare Pflicht der ganzen Metallarbeiterkraft. Jede Arbeit über 48 Stunden hinaus bedeutet ein Verbrechen an den hunderttausenden arbeitenden Kollegen aus der Metallindustrie. Die Metallarbeiterkraft darf nicht nachgeben, die Rechte der Arbeiter sind fein und geschlossen, die der Unternehmer aber zerstört. Unter dem Druck der Arbeitnehmer wagten die Unternehmer keinen geschlossenen Angriff. Auf der Tagung ihres Verbandes in Chemnitz auf der Landesversammlung, so lange es den Schriftmachern nur mit Mühe diesen Beschluss durchzusetzen. Bei 10 gegen 08 Stimmen, also nur mit einer Stimme Mehrheit, wurde die Ausprägung beschlossen. Dies zeigt sich die Kraft der Arbeit, die Unstethheit der Unternehmer. Gerade darüber ist die schwerste Gewähr für einen vollen Sieg, wenn die Betriebe einzuschließen tömponen werden. Deswegen darf es kein

Außland gegen die Blutkrieger in Shanghai

Ein Kriegsschiff geht zu den Kantonstruppen über und beschließt die Stadt - Die Gendarmerie auf Seiten der Kantonstruppen

London, 22. Februar.

Wie aus Shanghai berichtet wird, war noch der heutige Vormittag in der Stadt verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die Stille zeigt sich gegen gestern wenig verändert. Zur Veränderung der durch den Postbeamtenkrieg seit vier Tagen liegen gebliebenen Auslandspost wurde in der internationalen Niederlassung ein internationales Postdienst eingerichtet. Da der Postdienst in Shanghai über jedem bestehenden Postamt die Telefonleitung verhängen wollte, schrie bald auch ein großer Teil der chinesischen Postbeamten wieder in die Postämter zurück.

Gest gestrichen steht dieses Bild,

als die Vororte von Shanghai von einem meierenden Kriegsschiff der nordchinesischen Flotte bombardiert wurden.

Eine ungewöhnliche Aufregung griff besonders unter den Ausländern um sich, die sich sogar teilweise auf die ausländischen Schiffe im Hafen flüchteten. Die ausländischen Freizeitlager und die britischen Expeditionstruppen verblieben sofort die höchste Alarmbereitschaft, zumal noch in der französischen Konfession Menschen ausbrachen. Detektive aus der geschlagenen Sunthuanfang Armee mischten sich unter das Volk, das sich in wilden Haufen gegen die Blutkrieger des Verteidigungsministers von Shanghai erging.

Die chinesische Gendarmerie in Shanghai hat sich heute von Taihuanggang losgelöst und ganz offen kundgegeben, daß sie mit ihrem Auszug aus der Stadt zu den Kantonstruppen übergehen wird.

Angriffe auf britische Flottillen

Das Bombardement von Shanghai - 2 Amerikaner verlegt

London, 22. Februar.

Wie aus Shanghai gemeldet wird, sind bei dem heutigen Bombardement der Stadt 2 amerikanische Staatsangehörige verletzt und 2 Chinesen getötet worden. Der Amerikaner starb von zwei nordchinesischen Kanonenhorden aus, deren Beschuss zu der Kantonstruktur übergetreten ist und mit dem Bombardement verhindern wollte, einerseits in Shanghai den ihm lange erwarteten Aufstand zu entfachen, andererseits selbst auf

Der britische Flottillenführer in Shanghai hat heute 800 Soldaten des Suffolk-Regiments geladen und dafür zwei britische Infanterieabteilungen nach Hongkong zurückgezogen.

In Shantung haben Streitkräfte zwei vor Unter liegende britische Flottille überfallen, die Kapitäne der Schiffe verlegt und mehrere Matrosen über Bord geworfen.

Frankreich proklamiert Neutralität

Paris, 22. Februar. (Telefon.)

In der heutigen Sitzung des Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten erklärte Briand bei der Befragung der französischen Ereignisse, daß sich Frankreich im chinesischen Bürgerkrieg weiterhin neutral verhalten werde. Frankreich werde die Neutralität nur dann aufheben, wenn französisches Leben oder Eigentum angegriffen ausgezeigt werden würden.

Uttwlow über die englisch-russische Spannung

Berlin, 21. Febr. (Telefon.)

Wie die Abendblätter aus Moskau melden, tagt gestern das Zentralkomitee im neuen Kreml-Palais. Die Sitzung stand im Zeichen der Debatte über die englisch-russische Beziehungen. Die Diplomatenfrage war nicht gestellt, in anderen Lagen lag man führende russische Wissenschaftler und Politiker, unter ihnen den russischen Botschafter in Berlin, Prokofjew. Nachdem eine Reihe von Rednern die Haltung Englands gegenüber der Sowjetunion in schärfster Weise kritisiert hatte, nahm Ustinow zur Deutung einzelner Fragen das Wort und fügte u. a. aus: Hinter der sowjetischen Strömung in England stehen ehemalige zaristische Beamte sowie eine Gruppe sogenannter blinder Russlands, die über beträchtliche Geldmittel verfügen. Der Kampagne gegen Russland schließen sich einige Mitglieder der englischen Regierung an. Die Regierung hat durch ihr zweideutiges Verhalten allen Grund zur Annahme gegeben, daß sie die Kampagne selbst unterstützt, da sie unbegründete Gerüchte über die Verletzung des Vertrages vom Jahre 1921 seitens der Sowjetregierung ablehnt. Der Sowjetregierung ist jedoch kein einziges Mal auch nur ein geringster Hinweis der englischen Regierung auf irgendwelchen konkreten Fall von Verletzung des erwähnten Vertrages zugegangen. Die gegenwärtige sowjetische Kampagne einzelner Mitglieder der englischen Regierung, fuhr Ustinow fort, kann die Sache des Friedens und der Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht fördern. Was die russische Revolution bewegung anbetrifft, so habe die Sowjetregierung weder jetzt noch jemals vor ihrer aufrichtigen Sympathie im dem Freiheitskampf des russischen Volkes verzichtet.

Nach oben gehen. Der Kampf muß weitergeführt werden, bis das Ziel, die 48-Stundenwoche errungen, bis höhere Entlohnung erklungen ist.

Deswegen gilt es, die Reihen zu schließen. Alle Kraft muß zusammengebracht werden, die Organisationen bei diesem Kampf zu verstehen. Keine Kavallerie für die Aufnahme alter Kollegen, alle der Organisation nach Fernstehenden müssen jetzt gemeinsam und aufzunehmen werden. Mit vereinten Kräften gilt es, den Sieg zu erzwingen. Der Schiedsspruch des Schiedsgerichts Brandenburg wurde zurückgeschlagen, jetzt muß ein ganzer Sieg errungen

Referenten und Genossenschaftsunstionäre!

Mittwoch, den 23. Febr., findet abends 7.30 Uhr im Kanalbad ein Genossenschaftsinformationstag statt.

Ein Genossenschaftsinformationstag

Herr. Ein Berliner Genosse spricht über den Nationalrat des Korporations Schwarzenberg aus dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine.

Teilnehmen müssen daran alle Parteireferenten, Genossenschaftsfunktionäre und die Genossenschaftsvertreter bei den Städten und Zellengruppen.

Vorlesungen! Die Genossenschaftsvereinigung will den etzigen Nationalrat, der eine revolutionäre Zeitung heißt, aus dem Zentralverband ausschließen. Aber, so ist es, es gibt keinen Vorstoß dagegen. Er schafft dennoch alle.

Die Zeitungsleitung, Genossenschaftszeitung.

werden. Aber es ist Zeit, daß alle Arbeiter den Metallarbeitern zu Hilfe eilen. Gestern erklärte im Landtag der Abgeordnete Liebmann, daß man die Reichswehr mobil mache gegen die Streitenden in Leipzig. Genosse Böttcher sollte fest, daß die Polizei in Chemnitz in Alarmbereitschaft liege, daß man Bekämpfung nach dort bringe. Der Staatsapparat der Republik stellt sich hinter die kleupolierten Kämpfer, die die Schreiber als Flüchtlinge weisen während sie selber Acht leisten. Die Propaganda und blutige Niederwerfung der Streitenden ist in Bereitstellung. Die gekämpfte Arbeiterschaft muß sofort den kürzesten Prozeß erheben. Alle Betriebe müssen Stellung nehmen gegen die Aktion der Proletarien. Kampf bis zum Sieg, einige Front aller Arbeiter gegen den Unternehmerterror, das ist das Gebot der Stunde.

Die preußische Mietverordnung

wird durchgeführ

Hierfür gegen den Landtag.

Berlin, 23. Febr. (El. Telegraph.)

Der amtliche preußische Reichsdienst veröffentlicht vom preußischen Ministeriumsberichterstatter eine Bekanntmachung, wo nach der Abschluß des Preußischen Landtages, die Rundschungen vom 21. März bis zum 24. September einzutragen, nicht ausführbar ist. Es steht sich nicht in der Lage, den durch die Novemberbergeordneten geschaffenen Zustand durch Ausführungsbestimmungen oder durch neue Verordnungen in irgendeiner Richtung abzuladen. Die preußische Regierung hat sich in einer Kabinettssitzung mit der Reichswehrberatung besagt und beschlossen, daß Vorstoß erlaubt. Er schafft deswegen alle, die die Aktion der Proletarien. Kampf bis zum Sieg, einige Front aller Arbeiter gegen den Unternehmerterror, das ist das Gebot der Stunde.

Proletarische Solidarität den kämpfenden Metallarbeitern

Die Pflicht der Genossenschaften

Um den Metallarbeitern in Sachsen ihren schweren Kampf zu erleichtern und zu ihrem Siege beizutragen, ist nicht nur die Verbreitung des Kampfes, sondern auch materielle Unterstützung der kämpfenden durch eine Hilfsaktion eine wichtige Aufgabe. Gerade hierbei müssen die proletarischen Genossenschaften Sachsen und der übrigen Teile des Reiches vorangehen. Noch lehnen aber die reformistischen Instanzen eine solche Solidarität für die kämpfenden Metallarbeiter ab. Es muß deshalb durch den Druck der proletarischen Genossenschaftsmitglieder und der kämpfenden Metallarbeiter eine Unterstützung erzwungen werden.

In allen Konsumgenossenschaften müssen durch die proletarischen Mitglieder Anträge für die Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter eingereicht werden. Die Form der Unterstützung soll n. a. bestehen in einer Art Verpflichtungserklärung eines bestimmten Vertrages. Diese Unterstüzung kann in Form von Gutscheinen gewährt werden, für die dann in den Verteilungsstellen der Genossenschaften Waren abgeholt werden können. Gleichzeitig sollen in allen Verteilungsstellen Sammelleihen bzw. Sammelkassen ausgelegt bzw. aufgestellt werden. Diese Sammelleihen müssen sich auch auf die in den Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten erstrecken. Desgleichen muß von der Leitung des Verbandes jährlicher Konsumvereine in Dresden sowie dem Zentralverband deutscher Konsumvereine in Homburg die Organisation einer Unterstützungsaktion gefordert werden.

Um den Druck auf die reformistischen Genossenschaftsleitungen zu verstärken, müssen sich die kämpfenden Metallarbeiter in ihren Versammlungen mit diesen Fragen befassen. Außerdem müssen entsprechende Forderungen an die lokalen Konsumgenossenschaften, die Revisionsverbände und Zentralverbandsleitung aufgestellt werden. Die Metallarbeiter müssen in ihren Versammlungen Delegierte bestimmen, die den reformistischen Verbandsleitungen ihre Forderungen überbringen. Nur durch einen energischen Druck der proletarischen Genossenschaftsmitglieder und der kämpfenden Metallarbeiter wird es gelingen, die reichhaltigen Möglichkeiten der Unterstützung der Metallarbeiter durch die proletarischen Genossenschaften zu erzwingen.

Die Gewerkschaftsbürokraten gegen den Kampf

Gestern fand eine Funktionärsversammlung der Metallarbeiter statt, in der Stellung zu dem bekannten Abkommen genommen wurde. Von Seiten der oppositionellen Kollegen wurde folgende Entschließung eingebracht:

Entschließung.

Die am 21. Februar 1927 zwischen dem DMV und dem Sächsischen Metallindustriellen-Verband getroffene Vereinbarung bedeutet ein geringfügiges Zurückweichen der Unternehmer vor dem geschlossenen Kampfwillen der Metallarbeiter. Dadurch zeigt sich, daß auch die Metallindustriellen nicht so stark und geschlossen dastehen, wie sie es der Oeffentlichkeit gegenüber immer hielten.

Deswegen verurteilten die Funktionäre des Dresdner Metallarbeiterverbandes, die am 22. Februar 1927 zu der Voge Stellung genommen haben, die Zustimmung des Verhandlungsausschusses des DMV Leipzig zu dem Verhandlungsergebnis. Sie verlangen von der Verbandsleitung, daß sie diesem Ergebnis ihre Zustimmung nicht gibt. Die Ausgabe der Verbandsleitung ist es, jetzt mit aller Energie die Metallarbeiter der Dresdner Verwaltungsstelle zu mobilisieren, damit der Kampf um die 16-Stunden-Woche mit aller Macht erfolgreich geführt werden kann.

Die Funktionäre fordern die jetzt noch unorganisierten Metallarbeiter auf, sofort durch ihren Beirat zum Metallarbeiter-Verband zu bewegen, daß sie in dieser entscheidenden Stunde gemeinsam mit ihren im DMV organisierten Kollegen kämpfen wollen und die geschlossene Front stärken.

Der Bevollmächtigte Höller verzweifte mit allen Mitteln, eine Diskussion über diese Resolution zu verhindern. Die Resolution wurde jedoch von einer großen Anzahl Kollegen unterstützt, so daß ihre Befreiung stattfanden mußte. Jetzt erfuhr Höller die Opposition ihre Entschließung zurückzuholen, da es nach außen doch kein gutes Bild geben würde, wenn jetzt verschiedene Meinungen auftreten. Dieses Verlangen wurde selbsterklärend abgelehnt und die Entschließung von unseren Kollegen begrüßt. Nun nahm ein Vertreter des Hauptvorstandes, Loh, das Wort und kämpfte mit aller Macht und aller Demagogie gegen die Entschließung an. Es gelang ihm, einen Teil der Funktionäre schwankend zu machen, so daß die Resolution abgelehnt wurde. Trotzdem stimmten für diese Entschließung rund 100 Funktionäre.

Besonders erwähnen muß man das Verhalten des Kollegen Teuber von S. u. R. Er erklärte, daß die jetzige Abmachung ein Erfolg sei, da man doch jetzt die 16-Stunden-Woche gegenüber der bis dato bestehenden 15-Stunden-Woche errungen habe. Wenn das so weitergehe, werde man in einigen Jahren den Achtstundentag haben. Diesen Blödmann quittierte die ganze Versammlung mit schallendem Gelächter.

Den Verbandsbürokraten ist es gelungen, die Funktionäre schwankend zu machen. Die gesamte Kollegenschaft muß jedoch jetzt ihre Kampfeswillen zeigen und sich mit Entschiedenheit gegen das Abkommen wehren.

Die Arbeiter des Sachsenwerkes verlangen Ablehnung des neuen Schandvertrages

Ja einer am 22. Februar stattgefundene Bezirkssitzung des Sachsenwerkes, die außerordentlich gut besucht war, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Betriebsversammlung des Sachsenwerkes Niederräisch fordert die Verwaltung des DMV auf, sich mit allen Mitteln gegen die abgeschlossene Vereinbarung am 21. Februar in Dresden betreten, der bläßdünigen Arbeitswoche zu verwerben.“

ges.: Weidt, KPD, Berthold, SPD.

Die Arbeiter der anderen Betriebe müssen sofort dem Beispiel folgen und gleichfalls in Entschließungen und Resolutionen ihren Kampfwillen demonstrieren.

Kein faules Kompromiß, jetzt gilt es den ganzen Sieg.

Der Ortsausschuß Baugen für die Metallarbeiter

In der Sitzung des Ortsausschusses Baugen brachte die kommunistische Opposition folgende Resolution zum Kampf der Metallarbeiter ein, die nach Diskussion angenommen wurde:

„Der Ortsausschuß Baugen des ADGB nimmt mit Entschließung Kenntnis von dem in der sächsischen Metallindustrie gefällten Schiedspruch, der den Metallarbeitern die 15-Stündige Arbeitswoche auszwingen will. Er erwartet, daß die Metallarbeiter im Interesse der Metallarbeiterkraft diesen schändlichen Schiedspruch ablehnen, wenn er als verbindlich erklärt werden sollte, und ihrerseits den Kampf auch um eine Verkürzung der Arbeitszeit aufnehmen. Er fordert von der Führung des ADGB,

diesen Kampf aktiv zu unterstützen und einen allgemeinen Kampf aller Arbeiterkategorien um die Verkürzung der Arbeitszeit einzuleiten. Er fordert weiter den Landesausschuß Sachsen des ADGB auf, losert eine Massenkampagne zur Bekämpfung der Schäßnitz Brandt, Haas und Panocha zu organisieren.“

Der Landesausschuß der Erwerbslosen zum Metallarbeiterkampf

Vom Landesausschuß der Erwerbslosen wird uns geschrieben:

Am 22. Februar fand eine Sitzung des Landesausschusses der Erwerbslosen statt. In dieser Sitzung wurde eingehend von den Vertretern der verschiedenen Bezirke über die Maßnahmen der Erwerbslosen im Metallarbeiterkampf berichtet.

Aus den Berichten ging hervor, daß die Bezirksausschüsse der Erwerbslosen ihre ganze Kraft eingesetzt haben, um den Kampf der streikenden und ausgeworfenen Metallarbeiter in enge Verbindung mit dem Kampf der Erwerbslosen zu bringen. Der Kampf um die 16-Stundenwoche wird von den Erwerbslosen als das mindeste erklär, was gehoben muß, um die weitere Ausweitung der Erwerbslosigkeit zu verhindern. In Versammlungen Flugblätter und Plakate wurden die Erwerbslosen aufgerufen, Solidarität mit den kämpfenden Metallarbeitern zu üben und jede Solidarität abzulehnen. Es wurde gleichzeitig festgestellt, daß die Gewerkschaftsbürokratie in der Frage der Mobilisierung der Erwerbslosen für die Interessen der kämpfenden Metallarbeiter — wie immer bisher, so auch diesmal — ihre Schuldigkeit nicht getan hat. Die auf der Basis der 16-Stundenwoche am 21. Februar in Dresden erzielte Einigung hält der Erwerbslosenausschuß nicht für annehmbar. Die ungewöhnliche Erwerbslosenauflösung erfordert an sich die Durchführung der 42-Stundenwoche. Wenn die Metallarbeiter auf der 16-Stundenwoche bestehen, so bedeutet das schon eine Einräumung der notwendigen Forderungen. Der Landesarbeitslosenausschuß fordert die Erwerbslosen Sachsen auf, in diesem Sinne Stellung zu nehmen und sich gegen das Dresdner Kompromiß zu wenden. Das Kompromiß wirkt auf die hunderttausend Erwerbslosen Sachsen um so provozierender, da zur gleichen Zeit in Dresden bei der Ausbildung des Verbandes Sachsischer Industrieller die Spitzen des sächsischen Bürgertums bei Wein und Sekt feiern haben.

Erwerbslose! Nehmt gegen diesen Skandal Stellung und zeigt eure ganze Kraft ein für die Erläuterung eurer gerechten Forderungen!

Die Berliner Brauereiarbeiter wollen den Kampf

Die Gewerkschaftsbürokratie sabotiert.

Berlin, 22. Febr. (Fiz, Drucksbericht.)

Die Abstimmung in der Funktionärsversammlung der Berliner Brauereiarbeiter ergab 155 Stimmen für und 132 Stimmen gegen den Streik. Der Verbandsleiter lehnte trotz des zweifelhaften Streitbeileids die Arbeitnehmer ab. Er erzielte 421 Stimmen für und 136 Stimmen gegen den Streik entchieden, die lohnreiche Aussetzung des Streiks ab, indem er sich hinter die Bestätigung des Hauptvorstandes, die bereits erfolgt und den Kündigungstermin verlängert.

Gegen das Kultur-Mittelamt der Niederschlesie

Antrag der KPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Eingegangen am 22. Februar 1927.

Der 4. Strafensatz des Reichsgerichts hat am 5. und am 18. Februar unter dem Senatspräsidenten Kiedner zwei Hochverratsurteile gefällt, die die berechtigte Empörung der breitesten Oeffentlichkeit hervorgerufen haben. Am 5. Februar wurden die Buchhändler Keimara und Domming wegen Vorbereitung eines hochverrätlichen Unternehmens zu je 10 Monaten Haftungshaft und den üblichen Nebenkästen verurteilt.

Wegen „Vorbereitung und Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat“ wurden am 18. Februar jerner verurteilt: die Inhaber der Buchdruckerei Lübeck, Klönne und Schulz, sowie der Prokurist der Druckerei Tornik, zu je 2 Jahren Festung und 300 RM Geldstrafe, der Sohn der Druckerei Otto, zu 1 Jahr 6 Monaten Festung, der Faktor der Druckerei Lindner, zu neun Monaten Festung. Vom Druckereibesitzer bis hinunter zum Druckereiboten erfolgte die unerhörte Verurteilung.

Heute abend 8 Uhr sprechen im Keglerheim, Friedrichs 7^{er} der kantonesische Führer Wan-Chu, der Neger Cumede und der Riskabule Mattar über den Befreiungskampf der unterdrückten Völker

Die „AJZ“ heute neu!

Eine Glanznummer der AJZ Nr. 8 mit prachtvollen Illustrationen und kurz erläuterndem Text. Sie führt den Leser aus den Himalaya, verweilt mit ihm beim Paß, im Battal, unterhält mit den neuesten revolutionären und kriegerischen Vorgängen in China, brandmarkt Englands militärische Intervention, verewigt Malolini mit seinem „Leib“-gericht, 2. Arbeiter, die ihn beleidigt haben sollen, auf der Anklagebank — ein geschlossener Eisenknüppel —; Richter und Generale und Offiziere. Der Kampf um den Achtstundentag findet besonders illustrative Beleuchtung. Eine liebvolle Würdigung der Revolutionärin Louise Michel wird sicher die Frauen interessieren. Dem Arbeiterphotographen weist die AJZ einen Platz neben dem politischen Redner und Schriftsteller an, als Träger proletarisch-kulturellen Strebens. Interessantes aus der Filmwelt, aus dem Sportleben vernostigen den bekannten unterhaltsamen Teil, in dem die „Weißen Woden“ einen besonderen Teil einnehmen. Der Pfeifer macht weiter eine hochinteressante Einführung in den Weltentraum hinein, überbrückt Entfernung, die in Zahlen kaum auszudrücken sind, wärmt sich an der Sonne und freut sich, auf der frischen Erde beim warmen Dien zu sitzen. Bilder von Tage mit scharfem Milieuton zeigen den Arbeiter an die Maschine gefesselt, in Unterhaltung und seinem volkischen Leben. Die Nummer ist wiederum zum Preise von

obwohl den Verurteilten von dem Inhalt der Schriften nichts bekannt war.

Im Buchhändlerprozeß wurde sogar das Goethe-Gedicht:

„Allen Gewalten zum Trost ich erhalten;
Rimmer ich beugen, kräftig ich zeigen,
Kunst die Arme der Götter verbet!“

ausdrücklich unter Anklage gestellt. Die in beiden Prozessen durchgeführte „Rechtsprechung“ des Reichsgerichts führt in die schwarzesten Zeiten des Bormatz zurück. In der Prozess werden durch das Urteil des Reichsgerichts alle Verleger, Buchhändler, Drucker und deren Angestellten, die nicht bedingungslos in den Dienst der Reaktion stellen für vogelfrei erklärt. Arbeiter und Angestellte werden aufs schärfste wirtschaftlich geschädigt.

Der Landtag wollte deshalb beschließen die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung und im Reichsrat gegen die Auslegung der Hochverrats- und Landesvertrags-Variogramm durch das Reichsgericht Einspruch zu erheben und die Kassierung dieser Urteile zu fordern.

Dresden, am 22. Februar 1927

Bötticher
und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Fort mit dem Arbeiterverräter Elsaer

Anttag.

Eingegangen am 22. Februar 1927.

Der Landtag sollte beschließen: Der Arbeitominister Elsaer genießt nicht das Vertrauen des Sächsischen Landtages.

Dresden, am 22. Februar 1927.

Bötticher

und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Über bewilligte die Wittwitz-Pension

Berlin. Bei der Behandlung des Standes der Niedergesetzten von 17 000 Markt und mehr an die ehemals soliderlichen Offiziere im gefährlichen Reichstagshaus wurde festgestellt, daß Elsaer als damaliger Reichspräsident selbst die hohe Pension dem Minister und Deputierten Wittwitz bewilligte.

Külz will nicht Minister werden

Der Reichsminister a. D. Külz hat jetzt an den sächsischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß Held von seiner Ernennung zum Innenminister ablehnen soll. Külz kündigt in diesem Schreiben die Haltung der Auflösungspartei und erklärt, daß er nicht um seinen Verlobungsantrag um des jüdischen Volkes willen Innenminister habe sein wollen. Das ländliche Volk, die breiten Massen der Arbeiter, haben ganz gewiß keine Schufa nach dem Schuh- und Schuhminister. Die demokratische Fraktion hat also auf ihren Vorschlag, sie wird aber, soweit wir erfahren, jetzt einen anderen Innenminister vorschlagen.

Wieder heftige Kämpfe in Nicaragua

London, 22. Febr. (Telunion.)

Neue Meldungen aus Nicaragua sind an der Eisenbahnlage nach Granada wieder heftige Kämpfe zwischen den konträren Regierungstruppen und den liberalen Revolutionstruppen im Gange.

Wieder ein Klassenurteil gegen Reichsbannerleute

Des Urteil im Wilhelmsburger Landfriedensbruchprozeß. Wilhelmsburg, 22. Febr. (Telunion.)

Von den 27 wegen Landfriedensbruchs angeklagten Reichsbannerleuten wurden heute 19 der Angeklagten zu insgesamt 1 Jahren 11 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 11 Jahren 11 Monaten beantragt.

Regierungsfuhhandel in Thüringen

Der Landtag vertragt.

Weimar, 22. Febr. (Telunion.)

Nach kurzer Sitzung vertrat sich heute der Thüringer Landtag auf unbestimmte Zeit, da zunächst zwischen den Parteien die Verhandlungen über die Regierungsbildung aufgenommen werden sollen. Auf Beschluss des Altenhauses soll zunächst der sozialdemokratische Abgeordnete Bell als Vertreter der sozialen Fraktion den Vertrag einer Mehrheitsbildung unternehmen und bei dessen Weiteren ein Vertreter des Landbundes. Bei ergebnislosem Verlauf beider Verträge soll der Landtag wieder zusammenkommen, um weitere Maßnahmen zu beschließen. Die Ausschüsse wurden nach Besprechungen im Altenhaus fast unbedeutend zusammengefaßt.

20 Pf. in der Volksbuchhandlung Groß, Jakobsgasse 15, zu haben.

Traumspiel

Die Komödie macht den führenden Verfasser, August Strindberg's Traumspiel mit einer neuzeitlichen Regie zu einem Spiel der Zeit zu gestalten. Wenn auch die Regie des Strindbergherren Bühnspiels manches wieder verbleibt und fortnimmt, so war doch der Verlust einer zeitgenössischen Darstellung als gelungen zu betrachten. Menschenbildete ziehen, realistisch gezeigt, mit elementarer Wucht heraus. Der Kampf nach Glück und Freiheit die Schäßigkeit und Stumpfhaftigkeit des Bestehenden werden durch die Regie meisterhaft gegeben. Wenn drohend der Polizist mit riesengroßer Faust den Verlust seines Gehalts verhindert, dann hämmert sich ein, daß über den Geist die brutale Faust regiert. Und wenn es schallt: „Besserer enden im Gefängnis oder im Irrenhaus, alle gerechten Menschen werden für verurteilt,“ dann springt, unterstützt von der Regie Renato Moreto, die Gegenwart mit ihren verzerrten Zuständen direkt ins Gesicht. Gewiß, dem Spiel fehlt der Ausgang, die Lösung. Nochliches Entstehen zu Gott ist auch hier für die erbitterte Tochter des Gottes Indras die leichte Rettung. Doch, daß sie für den Menschen taugt, wird unterstrichen durch das letzte Bekennen des Theologen, der ruft: „Ich glaube nicht.“ Sicherlich war die geistige Vorstellung in der Komödie aber ein lüderlicher Versuch, für die anwesenden Spieler jedoch es uns zu lächerlich und zu gewagt. Für die Arbeiter ist die Komödie leider im breiten Maße noch nicht zugänglich.

Aufwertungsfragen im Landtag

Bei Polizei und Polizei gegen die Metallarbeiter / Verlängerung des Landtags zur Beleidigung von Regierung und Partei

Einladung vom 22. Februar 1927

Im Landtag wurde heute ein Antrag der Kommunistischen Partei, der die Herausstellung der Aufwertung für kleinen Sparguthaben von 12½ auf 20 Prozent fordert und zur Auszahlung der Sparguthaben vor dem Jahre 1926 stattfinden kann und der eine Regelung der Verzinsung nach dem Reichsaufwertungsgesetz verlangt, beraten.

Die tatsächliche Regierung hat in einer Verordnung vom 15. Februar 1926 die Aufwertungsgrenze für alle Sparguthaben auf 12½ Prozent festgesetzt, während nach dem Gesetz eine höhere Aufwertung ermöglicht wird.

Gegen diese Festsetzung, durch die insbesondere eine große Menge kleiner Sparer getroffen werden, wendete sich die KPD.

Genosse Renner

wegte als Redner der Fraktion, wie durch die Inflation noch und Länder und Großkapitalisten sich auf Kosten der kleinen Sparer bereichert haben und dass die kleinen Sparer 1921 in vielen Fällen den größten Rat ausgespielt sind. Dieser verlangt der kommunistische Antrag, dass auch die Sparguthaben in Fabrik und Werksparkassen im gleichen Maße sofort aufgewertet werden, dass darüber hinaus die Regierung Richtlinien herausgibt, die die Ansprüche der Sparer mit 100 Prozent Aufwertung festlegen.

Genosse Renner wies nach, dass es den Werken und Betrieben jederzeit gut möglich sei, eine solche Aufwertung durchzuführen, da diese die Spargelder während der Inflationszeit zum größten Teil in Sachwerten angelegt haben, dass die Arbeitnehmer aber auch heute erhöhte Dividenden abwerfen, so dass auch hier eine ausgeprochene

Gereicherung der Kapitalisten auf Kosten der kleinen Sparer

vor sich gegangen ist.

Genosse Renner geholtzte besonders scharf das Verhalten der KPD-Fraktion, die den Arbeitern die mühselig vom Sparer ererbten Pfennige einfach geraubt haben. Er mahnte die Rolle der Aufwertungsverantwortlichen, die zwar auch einige Aufwertungsanträge zur Verbesserung ihrer Qualität gestellt habe, die aber eine Regierung unterstützen, die nicht daran denkt, die Guthaben der kleinen Sparer zu erhalten, sondern die sich vielmehr damit beschäftigt, durch die Erhöhung der Mieten und die Ausweitung des Vermögens für die gewerblichen Räume Tausende von kleinen Geschäftsinhabern und Gewerbetreibenden ihrer Existenz zu berauben. Das Einbringen der Aufwertungsanträge sollte der Aufwertungspartei nur die Möglichkeit geben, nach der Durchführung reaktionärer Pläne nochmals durch die Helds-Regierung auch diese Regierung weiter zu unterstützen.

Der Antrag der kommunistischen Fraktion fordert die 100-prozentige Aufwertung aller Sparguthaben bis zu 100%.

Genosse Renner zeigte, dass sämtliche bürgerlichen Parteien und auch die Sozialdemokratische Partei für die rücksichtlose Ausplunderung der kleinen Sparer verantwortlich

den 1923 haben diese Parteien geschrien, dass die Kommunisten schuld an der Inflation wären; jetzt haben die kleinen Sparter einsehen, dass nicht die Kommunisten, sondern die Großkapitalisten und die Vertreter der bürgerlichen Parteien die Verantwortlichen an dem Inflationsausbruch sind.

Als nächster beründet Dr. v. Zumetti (Vollrecht und Aufwertung) mit für die Bevölkerung unverständlicher Kürze 3 Anträge der Aufwertungspartei.

Der Regierungsvorsteher antwortet auf die gestellten Anträge mit einer Belobigung der Justizbeamten und Anwälten bei den Amtsgerichten und Grundbuchämtern, die mit größter Aufopferung für die Förderung der Aufwertungsnotwendigkeit verdient gemacht hätten.

Auf die Frage der Aufwertung selbst geht der Regierungsvorsteher dabei nicht ein.

Für die Sozialdemokraten spricht Abg. Dr. Neu. Er kritisiert die Schuld der Sozialdemokratischen Partei an der letzten Steuerverordnung und den damit verbundenen Aufwertungsgelehen. Auch er behandelt mehr die Schuld der Justizbeamten, wie die Aufwertungsfrage selbst wendet sich gegen die Aufwertung der Guthaben bis zu 100% ab, spricht aber davon, dass die SPD die Aufwertung sozial gestalten wolle.

Vor der Rede von Neu kam es noch zu einer heftigen Reaktionsschlacht.

Reichswehr und Polizei gegen Metallarbeiter!

Die Mehrheit des Vorstandes seismischlich des Sozialdemokratischen Schwarz und Weltstaatshauses des Landes verlangte, dass bis zum 9. März keine öffentliche Sitzung des Landtages mehr stattfinden solle. Sowohl der Abgeordnete Liebmann wie auch der Abgeordnete Böttcher wendeten sich gegen die Verzogung, die lediglich den 1. Februar wegen der Mietersfrage entstandenen Diskussionen in der Regierung Hilfe leisten soll.

Liebmann erklärte, dass bei der jetzigen politischen Lage in Betracht des Metallarbeiterstreits eine Verzogung des Landtages unter keinen Umständen stattfinden dürfe. Der Sozialdemokratischen Fraktion sei mitgeteilt worden, dass im Interesse des Metallarbeiterstreits die Reichswehr in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt sei und doch von Dresden Reichswehr nach Leipzig gebracht werden solle.

Genosse Böttcher erklärte, dass nicht nur Reichswehr alarmiert, sondern dass auch die Polizei sich in erhöhte Alarmbereitschaft befindet und dass auf Anordnung der Re-

gierung Polizeiverstärkung nach Chemnitz gebracht werde. (Sturm, Hört hört! links und Bewegung auf der Tribüne.) Es verlangt sofort Auskunft von der Regierung über diese reaktionäre Maßnahme und protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die vorbereitenden Maßnahmen zur blutigen Unterdrückung des Metallarbeiterstreits.

Während die Industriellen circa 200 000 Metallarbeiter brotlos machen und auf die Straße schmeißen, amüsieren sie sich selbst zur 25-jährigen Feier ihres Schuhmacherverbandes bei Saal und Tanzvergnügen im Centraltheater.

Die Helds-Regierung aber mobilisiert die Polizei gegen die heranwachsenden Arbeiter.

Die bürgerlichen Parteien antworten auf diese Entwicklungen mit spöttischem Gelächter, die Regierung selbst schwieg.

Schwarz kritisiert die Regierungskoalition!

Die Mehrheit des Landtages beschließt mit den Stimmen der NSPD und des Präsidenten Schwarz die Verlängerung der Plenarsitzung bis zum 9. März.

Für die Deutschnationalen spricht der Abgeordnete Berg und erklärt, dass seine Fraktion für eine Aufwertung im Rahmen des Möglichen sei. In der Praxis also wird diese Partei trotz der schönen Rede sich gegen die Aufwertung wenden.

Dr. Dehne (Democrat) wendet sich gegen die Kommunisten und erklärt, dass diese dort, wo sie die Macht haben nicht aufwerten. Im übrigen sagt er, dass der Antrag der Kommunisten zu weitgehend sei und von den Demokraten nicht unterstützt werde.

Nach einigen Erklärungen des Abg. Mad und des Abg. Berg erhält Genosse Renner das Schlusswort.

Er betont gegenüber, dass die Rolle der Sozialdemokraten zu vertheidigen habe. Die SPD sei es gewesen, die im Reichstag mit den bürgerlichen Parteien gemeinsam das Ermächtigungsgesetz beschlossen habe und die damit der Regierung Platz die Möglichkeit zur Durchführung der dritten Steuerverordnung und der damit zusammenhängenden Gelege gegeben habe. Diese Schuld der Sozialdemokraten, ihre Unterstützung der reaktionären Reichsregierung sei nicht abzuweichen.

Der Abg. Dr. Dehne habe sich das Ausweichen der Demokraten vor der Aufwertungsfrage bequem gemacht, indem er nach Sowjet-Ruhrland zog.

In Sowjet-Ruhrland habe aber die Aufwertungsfrage nicht gelandet, weil dort die Arbeiter- und Bauernregierung, die Schuhmacherbundes u. Großkapitalisten enteignet und damit den Arbeitern, den kleinen Bauern und ehemaligen Mittelständlern die Grundlage für ihre soziale Existenz geschaffen habe.

(Leibnitz: „Schw. gut“ bei den Kommunisten.)

Die heutige Debatte zeige schon wieder, dass die bürgerlichen Parteien aus propagandistischen Gründen für die kleinen Sparter sprechen, aber nicht gewillt sind, ernsthaft etwas für sie zu unternehmen. Die Auszuhörberatung werde zeigen, dass man versuchen wird, die Anträge praktisch wirkungslos zu machen.

Die Anträge werden dem Rechtsausschuss überwiesen. Nächste Sitzung: 9. März, Mieterfragen.

„Im Reiche der Olba“

Kleinbauern. Uns wird geschrieben: Auch in diesem kleinen Ort an der östlichen Grenze der Lauenburg liegen mügten im Herbst vorangegangenen Jahres Neuwahlen zum Gemeindetagsamt ausgeschrieben werden. Wie das nun gelegentlich vorgenommen werden möchte, muhlt auch der Herr Bürgermeister Heinze, trendem der Arm des Reiches nicht bis nach Kleinbauern vorgedrungen war. Um nun die Gemeindewahlen zu verhindern, dass der Herr Bürgermeister im Interesse seiner Auftraggeber, so wie er es seit langen Jahren gewohnt, die Gewalt der Gemeinde weiterfüllen könnte, müssen eingehende Wohlwollende die dieses durchtreten oder verhindern könnten, unter allen Umständen unmöglich gemacht werden. Man hatte ja auch alle Urteile dazu, was aus folgendem ersichtlich wird:

Eine sehr wichtige Sache in der Gemeinde ist die Steuerfrage. Um die Nachlässigkeit leichtzuheilen, wurden von den Grundbesitzern nicht die Steuerbücher eingeholt, um bezahlen zu wollen, wieviel jeder bezahlt sollte und was noch zu bezahlen ist. Einige Gemeindemitglieder hatten sich schon gefreut, in den früheren Verhältnissen weiterzuleben – aber – o weh – sie erhielten als Weihnachtsgeschenk einen Steuerwein mit rückständigem Betrag und zinzen bis zu 100% Zinsenabendebuch. Nebenlos unterzeichneten Leitungen über verdiente Volla, ausbezahlt befanden sie jedoch weniger,

Herr M. Schöckmeister a. D. und Gemeindeverordneter und ausschusführender Sachverständiger in Gemeindewirtschaften, wurde als Vorgesetzter von einem Arbeitslohen befreit, weshalb er mehr Geld auftunnen müsse, als er erhalten habe.

Jedoch Herr M. der als Gemeindeverordneter auch arbeitslos war und keinen Besitz, war zu leide, sich über den Antrag des Arbeitslosen über das Quittungsschein von Herrn Bürgermeister zu orientieren und die Antwort mithilfe nahtlos auszustehen. Es mag wohl auf Grund seiner damaligen Position als Beamter der Gewerbeabteilung verhindert werden.

Die Genehmigung der 100-Prozent-Zulassung war Grund und Gewebeleiter soll beweisen, dass Kleinbauern eine Radaune im Gemeindewahlamt eine Radaune im Gemeindeamt ist. Über den Bürgermeister wollte auch zeigen, dass er ein Herr im Reihe habe: so identifizierte die Verwaltung allen Kindern des Ortes ob arm, ob reich eine Elie mit Jugend-Gesamtbetrag 120 Mark, vielleicht rücktend!

Ganz eigenartige Zustände sind es jedoch wenn innerhalb von drei Jahren nicht ein einziges Mal die Radaune die Radaune und die Polizei der Gemeinde geprägt werden. Hier hat sich das alte Gemeindewahlamt einer Unterordnung unterstellt, welche in keiner Weise zu bestimmen ist. Nur should be gemacht, welche in keiner Weise zu bestimmen ist. Nur dadurch konnten die Zustände eintreten, wie sie jetzt zu bestimmen sind. Als nun die Rechnungen Quittungen und die unerledigten Sachen dem unfähigen Bürgermeister über den Kopf wuchsen, so lag er ein, doch er ablehnen musste – aber

An alle Gewerbsleuten aus-richtige Ostjachsen

Die Kreisleitung der Gewerbsleuten Ostjachsen herzt hiermit für Mittwoch, den 2. März 1927, norm. 10 Uhr nach dem Bürgerfesttag Dresden, Große Brüderstraße, die

3. Kreisversammlung der Gewerbsleute Ostjachsen

ein. Als Delegationsmodus gilt folgende Grundlage: bis 200 Gewerbsleute 1, bis 500 2, je weitere 500 je 1 Delegierter. Die Finanzierung hat durch die einzelnen Ausschüsse zu geschehen.

Gewerbsleute Ostjachsen!

Die Bürgerkostengesetz im Reiche holt zum Schlag gegen die Gewerbsleute aus. Die Kon. in der Gewerbsleute soll die Waffen schmelzen, um die Pläne dieser Pfeile zu zerstören zu machen. Die Kreisversammlung soll eine Generalmusterung der Gewerbsleuten Ostjachsen sein, deshalb müssen alle Gewerbsleute Ostjachsen Delegierte entsenden.

Kreisausschuss der Gewerbsleute Ostjachsen.

sonderbar, er wurde von den alten Gemeindewählern wieder gewählt. Da jedoch die Sache aus diesem dünnen Ort nun schon bis zur nächsten Wahlbehörde gedrungen, wurde er von der Amtschäpmannschaft nicht bestätigt.

Rumchik hatte der bisherige Bürgermeister einen Herrn herbeigeschickt, der sich nun schon vier Monate damit abquält, Ordnung in dieses Gemeindewahlamt zu bringen. Dieser Herr arbeitet pro Tag 20 M. und das schon vier Monate lang. Wer bezahlt diese Kosten? Der gewelegene unfähige Bürgermeister, der Gemeinderat oder die Olba, oder etwa die Steuerzahler der kleinen Gemeinde? Was bei diesem Verlust im Interesse des Herrn Bürgermeisters Heinze wohl noch alles an Tageslicht befürdet wird! Was mag sich wohl angestellt haben, wenn in vier Monaten nicht die Rechnungen, Quittungen und dergl. Sachen in dieser an sich sehr langen Zeit von solch kleinen Gemeinde in Ordnung gebracht werden können? Eine Illustration von der Tätigkeit des Bürgermeisters ist ja auch noch der Bau des Gemeindehauses. Noch Angabe der Bauarbeiter sind bei diesem Neubau

die Bemerkungen über dem Koffer ohne Gleichzeitigkeit, und infolgedessen ist schon ein Arbeiter durchgebrochen. Die inneren Wände und Giebel sind meistens aus ungebrannten Ziegeln hergestellt. Der Lieferant dieses schlechten Materials war sonderbarweise dieser Herr Bürgermeister Heinze. Einem Gemeinderatsmitglied, Herrn Roos, welcher die Sache im Kollegium zur Sprache brachte,

schriftete man mit Anzeige, und weil er diesen Antrag mehrere Male vorgebracht hatte, nach § 40 der Gemeindeordnung zu handeln, die Radau ulm zu prüfen, droht man wiederum demjenigen, der wirklich die Interessen der Gemeinde vertreten will, mit allerhand Schikanen und Prozessen!

Nun war Herr Roos wieder als Spitzenkandidat auf einem Wahlkreis eingewählt. Dieser Wahlkreis brachte nur 5 Unterordnungen von eingeschriebenen Wählern, hatte aber sogar 31. Der Wahltausch behauptete, dass die Unterordnungen nicht ordnungsgemäß vollzogen seien und wies den Wahltausch zurück! Eine Arbeiterliste: Wahlvorschlag „Bauer“ ist man in der Weise ab, doch die Art ist zu Geldbeschaffung von 90 M. zu kurz gewesen war. Ich loge man jedoch, dass alles keine Richtigkeit habe – und dann, 2 Tage vor dem Ende der Wahl, alles mögliche auszuleeren und zu beankündigen hatte. Herr Roos auf Wahltausch 3 erhob jedoch Einпрuch bei der Amtschaumpmannschaft und so erklärte der Bezirkstaatsminister in der Sitzung vom 17. Januar 1927 die Wahl für ungültig! Da nun durch diese Schleben das jetzt noch nur formell zu Roos bestehende Gemeindetagsamt einpruch erhoben hat, liegt jetzt die ganze Angelegenheit der Wahl bei dem Oberverwaltungsgericht.

Die Arbeiter von Kleinbauern und so beankündigen Wahl der Gemeindewählten nur bei der in kurzem stattfindenden Wahl der Gemeindewählten darüber klar sein müssen. Wir stellen mit und gegen wen führen wir den Kampf. Etwas im Verein mit den Parteien, die in ihrer Presse die Einwendungen der Arbeiter ablehnen (Einheitsblatt: Bautheuer Tageblatt), oder im Bündnis mit der Partei, welche die Interessen der wertvollen Schichten gegen das allmächtige Kapital (hier die W. Olba) vertreibt?

Nur wenn sich die Arbeiter und Angestellten Teamen und Kleinbauern zu einem Block mit der Kommunistischen Partei zusammenmachen, die Presse der Partei, die Arbeiterzeitungen und so den Kampf führen, ist es möglich die Kapitalistengruppe mit ihren ergebenen Untertanen zu beleidigen.

Wertvolle von Kleinbauern handelt schon in diesem Sinne bei der in Kürze stattfindenden Neuwahl!

Realisch (Part.). Am Sonntag, 28. Februar, entsteht der Tod unserer Ortsgruppe einen jungen, neuen und pflichtsinnigen Genossen und Kameraden – Max Hartmann. Er hat sich durch sein hilles Wesen und opferwilliges Verhalten in den Ortsgruppen der KPD und des KFB aufrichtige Freunde geschaffen. Ehren wie ihn dadurch, dass wir an der W. Olba unserer großen Aufgabe, die auch der Kameraden seines Lebens war, mit aller Kraft arbeiten. Gedanken wie jener, wenn wir die Radau, die mit seinem Tode in unsere Hände gerissen wurde, durch verzehrte Arbeit ausfüllen!

KPD, Ostpre. Reichs. AGB, Ostpre. Neufeld.

Die Chlorodont-Zahnpaste

macht die Zähne blendend weiß,
entfernt häßlich gefärbten
Zahnbelag,
besiegelt unangenehmen
Mundgeruch.

Chlorodont

Kleine Tube 60 Pf., große Tube Mark 1.—

Vor dem Besuch von Gesellschaften, Theater, Bällen usw. Versäumen Sie nicht Ihre Zähne mit der herrlich erfrischenden Chlorodont-Zahnpaste zu putzen.

Dresden

23. Februar: 1925: 32 Todesopfer in Silber (Balgerien) gegen 125 revol. Arbeiter und Bauern. — 1927: Krieg-Invasion-Demonstration gegen faschistische Regierung in Rom. — 1918: Dekret über Schaffung der "Roten Armee" in Sowjet-Russland. Lenin lebt Annahme deutscher Friedensbedingungen im Rat der Volkskommissare durch. — 1905: Schlacht bei Bludenz.

"Das Banner hoch!"

(Arbeiterkorrespondent)

Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ eröffnete seine mit großem Tumult angekündigte Werbewoche in Dresden mit einem Aufmarsch seiner Mitglieder. Die große Seite zeigte sich schon daraus, daß man mit Ach und Krach 650 Mann auf die Beine brachte. Die mitgeführten Plakate waren auch nicht gerade dazu angetan, werbend bei den Arbeitern zu wirken. Mit einer solchen Phrase, wie: „Du gehörst ins Reichsbanner“ wird es wohl schwerfallen, Arbeiter die Notwendigkeit ihrer Organisierung in dieser Schutzeinheit der Geldstaatsherrschaft begreiflich zu machen. Dennoch schmiedet es tief, feststellen zu müssen, daß sich heute noch ehrliche Arbeiter in den Reihen des RB befinden, weil sie glauben, dort gegen die Reaktion kämpfen zu können. Es wird die Aufgabe der Kameraden des RB sein, auch den letzten proletarischen RB-Mann über den wahren Charakter des RB aufzuklären, dann wird es uns auch gelingen, die Schwarz-roten-goldene Werbewoche in eine Werbewoche der roten Arbeiterfront zu verwandeln. „Das Banner hoch!“ so schreibt die Dresdner Volkszeitung am Sonnabend zum Beginn der Werbewoche. Gewiß, das Banner hoch, aber nicht das Banner der Monarchie-republik, sondern das rote Banner des revolutionären Proletariats. Das muß die Parole der Dresdner Arbeiter sein.

Gesinnungslumperei oder Geschäftssozialismus?

Dass man die Reichsbarben der Republik für alle Feste, neuerdings schon für Hochzeitsfeste, verwendete, ist nicht sonderlich verwunderlich. Dass aber an den Stangen, an denen sonst zwei Reklamefahnen der Mönchsbräuerei hingen, anlässlich eines Bierbierkrummels eine schwarze-weiße-rote und eine Schwarz-rote-goldene Fahne stand, muß als Protesten, die im Restaurant „Deutsches Bier“, Ecke Vogler- und Anasburger Straße, verloren, in Verwunderung legen. Auf Protest von SPD-Arbeitern, deren eingeschriebenes Mitglied der Wirt ist, wurde die hohenrotschwarze Fahne eingezogen. Ob Herr Hohlfeld sich noch nicht entschließen kann, in welches Lager er hinzugehören soll, darf er sich „Geschäft ist Geschäft“ non esse? —? lassen wir dahingestellt sein. Die klassenbewußten Arbeiter werden sich diese widerliche Geschäftsmacherei merken.

Ein junger Ingenieur. Gewarnt wird vor dem 26. Jahre alten Schlosser Franz Herbert Michaelis von hier, der sich seit mehreren Wochen als Warenträger betätigt. Er besteht bei hiesigen Geschäftsmännern Waren zur Ansicht nach seiner Wohnung. Dabei gibt er sich den Anschein eines jahrgangsfähigen Käufers und erklärt, Ingenieur und Sohn meines Brüderlachs-fabrikzuges und einer Autoreparaturanstalt zu sein. Die erhaltenen Waren will er sofort nach Empfang durch Postfach bezahlen. In Wirklichkeit verlaufen er aber die Waren sofort wieder unter Wert weiter und verwenden den Erlös in eigenem Nutzen. Personen, die von mir in der gleichen Weise geschädigt worden sind und Anzeige noch nicht erstattet haben, wollen dies ungehoben bei der Kriminalabteilung. Jänner 26. nachholen.

Eigentümer gesucht. Das Postverordnungsbüro verwahrt ein Herrenfahrrad, Marke unbekannt, Nr. 8825-3, und ein Herren-tourenrad, „Stoewer-Tortuna“, Nr. 208214. Beide Räder sind vor circa drei Monaten von Unbekannten in der Neuen Gasse hier in der Eisenbergstraße eingefallen und bisher noch nicht abgeholt worden. Vermutlich handelt es sich um Diebesgut. Die Eigentümer wollen sich vertragen, von 9 bis 12 Uhr, im Postgerichtsstadium, Sachsgasse 7, 1. Stock Zimmer 11a, melden.

Letzter Montvortrag im Planetarium. Wie das städtische Verlehramt mittelt, wird am Donnerstag, dem 24. dieses Monats, Direktor Rößner zum letzten Male seinen mit großem Beifall aufgenommenen Montvortrag halten. Es sei erneut darauf hinzuweisen, daß Schulklasse zu diesen Montvortragen zu den gleichen günstlichen Bedingungen Zutritt haben, wie zu den normalen Vorführungen nachmittags. Der Vortrag findet auch diesmal abends 8 Uhr statt.

Achtung! Arbeitersänger — Mandolinisten — Musiker! W. St. Ein wichtiges Gebiet der proletarischen Kultursarbeit wurde bisher von den Parteiengemeinschaften inneniert. Dies ist ein Teil der proletarischen überparteilichen Kulturoorganisationen, die Arbeitersänger- und Musikkunstbewegung. Auch die Verbände der proletarisch-revolutionären Jugend als wichtigstes Ziel, deren Organisation und Kulturarbeit zu vermitteln ist die Aufgabe unserer Partei- und Jugendgenossen. Diese Aufgabe richtig zu lösen, findet am 28. Februar, abends 7.30 Uhr, in Stadt Braunschweig, Jakobsgasse, eine Sitzung aller Mitglieder des Arbeiters-Mandolinisten- und Arbeiters-Musikbundes statt, die in der KPD oder KZ organisiert sind. Die geistige Ausgabe umfassend zu lösen werden sämtliche ausgewählten Mitglieder der KPD, des KZ und die Leiter des JSB aufgerufen, ja erscheinen, auch wenn sie nicht Mitglieder des KZB und KMP sind.

Die Berufls- und Konservatorisch gehaltenen Männer (Künstler) finden sich bei: Registrierung und neuwertigster Präsentationsbildung ebenfalls ein. (Gewerkschaftsabteilung und Künstlerfraktion entliegenden Vertreter.) Am Ende eines verhinderten Instrumenten sind ihre Ansprüche mit Angabe der von ihnen geprägten Instrumente an das Sekretariat der KPD Abteilung Kulturbewegung. Keiner vergesse sein Mitgliedsbuch als Ausweis. Ausgenommen von der Versammlung sind die beim KZB angestellten Genossen, sowie obige Bedingungen für sie nicht in Kraft kommen.

Kreunde der freien Schule, 52. Volksschule (Gießereiplatz). Mittwoch den 24. Februar, Punkt 8 Uhr im Auditorium unter Hüttenstraße, Vortrag des Herrn Lehrer Horstig über: „Sittliche Erziehung und Arbeitschulbildung in der Grundschule“.

Warnung!

In vergangener Woche sind bei Cottbus Geschäftsmänner zwei Männer erschienen, die im Auftrag der kommunistischen Partei und im Auftrag der Arbeitersimme Unterschriften gegen den Konsumverein sammelten und dagegen Entschädigung forderten. Weder die KPD noch die Arbeitersimme hat mit diesen Bevölkerern, denn um solche kann es sich nur handeln, etwas zu tun.

Bevölkerungsleitung der KPD

und
Geschäftsleitung der Arbeitersimme.

Rabenau. Die Freunde der weiblichen Schule versammeln sich am nächsten Donnerstag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftsheim. Eröffnungsrede wird erwartet.

Bildungsschule Heidenau. Donnerstag, den 24. Februar, abends 7 Uhr in der Goetheschule-Vortrag: Wie die Eltern ihre Kinder zur Freude oder zur Pflege erziehen können. Ref.: Frau Gisela Dresden.

Die Hausbesitzer wittern Morgenluft

Durch Bildung der Bürgermeisterregierung und Teilnahme der Hausbesitzerpartei (Wirtschaftspartei) an der Regierung wittern die Hausbesitzer noch mehr Morgenluft als zuvor. Jänner mehr häufen sich die Klagen der Mieter, daß ihnen ihre Wohnung vom Hausbesitzer gefündigt ist. Auch in Hainsberg ist dies festzustellen, wo doch die Vertreter der Hausbesitzerorganisationen ihre Mitglieder immer als friedliebende und gelegentlich gehörende Bürgerinstanz stellen. Was aber nun verschiedene der Hausbesitzer darunter verstecken und wie sie die Geiste denken, zeigt folgendes:

Nach Meinung des Herrn Hermann Ritter wohnhaft Rabenauer Straße, seines Zeichens Hausbesitzer und Bückermeister, sollte ein Kneißel des Schleuhenthaltes, durch welches Abfall- und Dachwasser geht, durch Verhüllung der in einer Dachwohnung wohnenden Frau Günzel verstopt werden. Am 1. Januar 1927 kam Frau Günzel in Kennissen mit dem Kneißel. Die Inhaberin der Wohnung, Frau Günzel war nicht anwesend, sondern nur ihre Kinder. Herr Ritter ließ darauf eine Göse, dem Aussehen nach aus einer Badstube, mit der Göse der Frau Günzel verlaufen, da angeblich die Verstopfung des Kneißelstückes durch letztere Göse gehebe sei.

Allerhand „zarte“ Ausdrücke, wie Schweine und Pock, sind nach Angabe der größeren Kinder (14, 16 Jahre) von Herrn Ritter gebraucht worden, womit der Hausherrn eben gewis aufgezögert werden sollte. Mit diesem Gedanken und den Bekleidungen nicht einverstanden, stellte Frau Günzel den Besuch von Badewesen ein. Am 1. Februar erhielt am Frau Günzel ein Stückiges Papier in der Größe 16x16 Zentimeter einen ordentlichen Bogen Papier ist das Gesichtsblei ja auch nicht wert). Auf dem oben erwähnten Stück Papier stand geschrieben: „Frau Günzel läßt Ihnen von heute den 1. Februar 1927, ihr Logis mit Zubehör und erlaubt Sie, auf schalllose Weise zu räumen. Kündigung bleibt bestehen.“ Hermann Ritter

Hainsberg, den 3. Februar 1927.

Herrn Bäckermeister Hermann Ritter

Geaen die Kündigung meiner Wohnung erhebe ich hier durch Einspruch. Auch Ihrer Aufrüderung meine Wohnung isolale wie möglich zu räumen, kann ich noch viel weniger entsprechen. Es wird Ihnen ganz genau bekannt sein, daß unter dem jetzt geltenden Recht eine Kündigung nur durch das Gericht ausgesprochen werden kann, dann würde ich auch gar nicht und das werden Sie auch genau wissen, wo ich jetzt hinziehen sollte.

Jahr belage ausdrücklich, daß ich meinen Pflichten als Mieter noch nachgekommen bin und mir auch in Zukunft so verhalten werde, daß ein Grund zur Kündigung immer in einer so verdeckten Form, nicht gegeben wird. Ich bin bis jetzt mit allen Hausbewohnern in Frieden ausgekommen und würde mich bemühen, auch mit Ihnen im Guten auszutreffen, sobald Sie auch Ihreseits dazu beitragen wollten.

Hausbewohner-Herr

Hainsberg,

Geaen die Kündigung meiner Wohnung erhebe ich hier durch Einspruch. Auch Ihrer Aufrüderung meine Wohnung isolale wie möglich zu räumen, kann ich noch viel weniger entsprechen. Es wird Ihnen ganz genau bekannt sein, daß unter dem jetzt geltenden Recht eine Kündigung nur durch das Gericht ausgesprochen werden kann, dann würde ich auch gar nicht und das werden Sie auch genau wissen, wo ich jetzt hinziehen sollte.

Jahr belage ausdrücklich, daß ich meinen Pflichten als Mieter noch nachgekommen bin und mir auch in Zukunft so verhalten werde, daß ein Grund zur Kündigung immer in einer so verdeckten Form, nicht gegeben wird. Ich bin bis jetzt mit allen Hausbewohnern in Frieden ausgekommen und würde mich bemühen, auch mit Ihnen im Guten auszutreffen, sobald Sie auch Ihreseits dazu beitragen wollten.

Hausbewohner-Herr

Hainsberg,

Darauf erhieb der Arbeiterschüler Herr Ritter wie folgt:

Hainsberg, den 3. Februar 1927.

Frau Günzel!

Hiermit erwiedere ich Ihnen auf Ihr Schreiben, daß Sie mir eine Wohnung selbst in Lügen haben. Was geht uns das Gericht an. Sie werden wohl wissen, was Herr im Hause ist, alles andere geht uns nichts an und die Kündigung bleibt bestehen.

Hermann Ritter

(Wahrheit sehr bitterlich. D. B.)

Man ist das aber nicht der einzige Mieter, den Herr Ritter so sehr will, einem anderen hat er schon vorher Jahr gekündigt, ohne auch nur ein gesetzliches Grund anzubringen. Man weiß nicht, was man bei dem „zarterlichen“ Gangen dieses Hausbesitzers den Vorhang hebt. Ob denn Herr Ritter in seiner Eigenschaft als Bäckermeister noch nicht einmal daran gedacht hat, dass sich die Mieter auch solidarisch erklären können und ihm den „Herrn im Hause“ Einpunkt entziehen? Er wird wohl selbst nicht daran denken, daß er nur von den paar

Bauer und Arbeiter in einer Front!

Bauen. Eine öffentliche Bauernversammlung fand Sonntag vorne, 10.30 Uhr im Saal des Schützenhauses statt. Dieselbe war von circa 150 Personen besucht. Der Landwirt Alwin Krausnick, Bauen, eröffnete als Vorsitzender und geschäftsführer des verstorbenen Kämpfers Hermann Sieker, Niedergurig. Die Versammlung eröffnete hier in diesem Gedanken von den Plänen. Der Versammlungsleiter ging dann näher auf die Interessen der Bauern ein und wies auf die Tatsache hin, daß sich infolgedessen die Bauern gezwungen fühlen, sich jetzt zusammenzuschließen, um gegen die Landwirtschaft erdrückenden Steuern und Kosten anzukämpfen. Der Lausitzer Bauernbund besteht nunmehr ein knappes Jahr, die Mitglieder wünschen, daß sich eben die Bauernschaft mit den Werkstätten und ihrem Bauernbund ihre Interessen vertreten habe. Der eigentliche Gründungsauftakt war das im Juli 1925 in Kropp getretene, aber nie recht zur Ausführung gekommene Kinderzuschlag.

Hierauf sprach der Reichstagsabgeordnete Gen. Oberndorf über die allgemeine wirtschaftliche Notlage der Bauernschaft und der Werkstätten und kennzeichnete dabei die allgemeinen wirtschaftlichen, als auch die Zoll- und Steueraufgaben. Die Mitglieder der KPD, des KZ und die Leiter des JSB aufgerufen, ja erscheinen, auch wenn sie nicht Mitglieder des KZB und KMP sind.

Die Berufls- und Konservatorisch gehaltenen Männer (Künstler) finden sich bei: Registrierung und neuwertigster Präsentationsbildung ebenfalls ein. (Gewerkschaftsabteilung und Künstlerfraktion entliegenden Vertreter.) Am Ende eines verhinderten Instrumenten sind ihre Ansprüche mit Angabe der von ihnen geprägten Instrumente an das Sekretariat der KPD Abteilung Kulturbewegung. Keiner vergesse sein Mitgliedsbuch als Ausweis. Ausgenommen von der Versammlung sind die beim KZB angestellten Genossen, sowie obige Bedingungen für sie nicht in Kraft kommen.

Kreunde der freien Schule, 52. Volksschule (Gießereiplatz). Mittwoch den 24. Februar, Punkt 8 Uhr im Auditorium unter Hüttenstraße, Vortrag des Herrn Lehrer Horstig über: „Sittliche Erziehung und Arbeitschulbildung in der Grundschule“.

Warnung!

In vergangener Woche sind bei Cottbus Geschäftsmänner zwei Männer erschienen, die im Auftrag der kommunistischen Partei und im Auftrag der Arbeitersimme Unterschriften gegen den Konsumverein sammelten und dagegen Entschädigung forderten. Weder die KPD noch die Arbeitersimme hat mit diesen Bevölkerern, denn um solche kann es sich nur handeln, etwas zu tun.

Bevölkerungsleitung der KPD

und
Geschäftsleitung der Arbeitersimme.

Rabenau. Die Freunde der weiblichen Schule versammeln sich am nächsten Donnerstag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftsheim. Eröffnungsrede wird erwartet.

Bildungsschule Heidenau. Donnerstag, den 24. Februar, abends 7 Uhr in der Goetheschule-Vortrag: Wie die Eltern ihre Kinder zur Freude oder zur Pflege erziehen können. Ref.: Frau Gisela Dresden.

Hausbesitzer ergänzen kann, es sind doch die Mieter, welche ihm seine Waren abholen.

Derartige Hausbesitzer gibt es aber im Ort noch mehrere, es ist nur noch an die Firma Gebrüder Sandt erinnert. Dieselbe will nicht nur zwei sondern fünf Mieter auf die Straße jagen, so daß die Gemeinde ein Haus aus Kosten der Allgemeinheit bauen möchte, um die auf die Straße gerittenen Mieter unterzubringen. Auf diesen Fall wird später noch einmal zurückgekommen werden.

Mieter! Bereits durch festen Zusammenschluß die Pläne der Hausbesitzer, die, unterstützt von der sozialistischen Regierung, die Mieterabschaffung bezeichnen wollen und durch die Erhöhung der Mieten eine soziale Belohnung der Werkstätten herbeizuführen. Darum findet auch alle, die es zu spät in der Mieterorganisation zusammen. Denn einzeln sind wir nichts vereint alles.

Der Kampf gegen den Hausarbeiterarbeitsmarkt

Glashütte. Am Sonntag, den 20. Februar d. J., fand hier der 6. ordentliche Verbandstag des Bezirksmieterverbands Obers Elbia, Sitz Heidenau statt. Vor der Tagung wurde den Delegierten Gelegenheit geboten, die Uhrenmacherschule zu besichtigen. An Hand von Modellen wurde vom Leiter der Schule ein Rüstungsvortrag über die Bedeutung der Uhrenmacherschule gehalten und der Werdegang der Uhr erläutert. Nach dem Vortrag hatten die Delegierten Gelegenheit alle Einrichtungen unter jüngster Leitung zu besichtigen. Der Bezirksmieterverband wurde auch in das „Goldene Buch“ eingetragen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Vortrag des 1. Vorsitzenden Mach über „Maßnahmen der Sonderregierungen zwecks Abbau des Reichsmarkt- und Mieterabschaffung und deren Folgen für die gesamte Mieterchaft“. Der Vortrag soll vertrieben und jedem Verein in mehreren Exemplaren zur Verfügung gestellt werden.

Als Vertreter zum 22. Deutschen Mietertag in Hamburg wurde in der Sitzung Stadtrat Seidensticker, Pirna, gewählt. Zur Landesverbandstagung am 27. März d. J. entsenden die Vereine eigene Vertreter.

Die Beschilderung neuer, vom Postamt vorgesehener Sitzungen und Erledigung organisatorischer Maßnahmen ging gleich voran.

Als Vorsitzender wurde Mach, Heidenau als 2. Vorsitzender Schubert, Berga (Sachsen), einstimmig wiedergewählt. Auch der übrige Vorstand einschließlich Beisitzer wurde mit wenig Namen änderungen wiedergewählt.

Nächste Versammlung ist einstimmig angesetzt worden:

Entscheidung

Die am Sonntag, den 20. Februar 1927, anlässlich der Beiratstagung des Bezirksmieterverbands Obers Elbia, Sitz Heidenau, vertretenen Delegierten protestieren mit aller Stärke gegen alle auf eine Förderung des bestehenden Mieterabschaffung abzielenden Bestrebungen. Die bereits jetzt vorhandene „Wirtschaft“ würde durch eine Förderung des Mieterschaffens unzähliger Erwerbsmänner schwach erschüttert und zur Verschärfung unzähliger Krisenzeiten führen.

Sie fordern die Aufstellung eines großzügigen Kompromiss-gramms und Vermeidung sämtlicher Mittel der Auflösungs-Politik für den Wohnungsbau. Weiter fordern sie die Einbringung eines Wohnwirtschaftslebens, welches dem heutigen Postvertragsplänen Rechnung trägt.

Sie warnen die Negierung und Postvertreter dringend, den Vorschriften der Wirtschaftsvereine, der lediglich die Vertretung der Bauerninteressen obliegt, zu folgen.

Sie erinnern die Regierung und Postvertreter an das verfassungsmäßig verankerte Recht des deutschen Arbeiters auf eine gerechte Wohl- und Wirtschaftsheimstätte.

haben wir den Beweis, daß Bauernstand ist doch formidabel!

Bauer! Nur eine gemeinsame Front mit den gesamten Werkstätigen kann deine Lage bessern helfen!

Kaditzberg (Aus der Sitzungssitzung des Stadtrates.) Eine Beschleunigung der Straßenbelastung hat der zuständige Ausschuß vor kurzem vorgenommen und daraus eine Anzahl von Verkehrsabschließungen beschlossen, denen der Rat befreit. Die betreffenden davon sollen vorerst zugleich in Angriff genommen werden. Eine Wiederherstellung des Kreisverkehrs der Straßenbelastung muss aber bis zur Belebung des Kreisverkehrs ausstecken. Nach dem Vortrag des Kreisverkehrs ausstecken soll ein größerer Bogen Wände bei dieser Belebung in Aktion gegeben und ferne die Anfahrt einer Höhenlinie in den diesjährigen Haushaltplan eingeschlossen werden. Der Kreislauf des Kreisverkehrs wird dem Berlin-Kreis-Schule für die Jugendweihe und Frau Lehmann zur Bereitstellung eines Vortages zum besten der städtischen Wohlfahrtsstiftung für einen noch zu bestimmenden Tag während März oder April. Von den Belebungen der Stadtverordneten vom 17. Februar 1927 wird Kenntnis genommen und, soweit

Mehr Rechte den Betriebsräten!

Die Forderungen der Arbeiterschaft auf eine grundständische Gewerbeordnung des Betriebsratgesetzes sind so alt wie das BAG selbst. So ist der Entwurf der damaligen Weimarer Koalitionserzung zum BAG bekannt. erklärte die Berliner Arbeitsmarktkommission, daß dieser Entwurf der Arbeiterschaft nicht das bringe, was sie erwartet. Bei den Verhandlungen des Entwurfs protestierte die Berliner Arbeiterschaft vor dem Reichstag am 15. Januar 1920 in einer mächtvollen Demonstration gegen die realisierte Tendenz dieses Entwurfs. Die Demonstration wurde auf direkten Beschluß des damaligen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Eugen Ernst im Unternehmen mit dem sozialdemokratischen Innenminister Erne durch die Gardes des Freikorps Lüttwitz blutig abgehandelt. 42 Tote und 105 Verwundete waren die Opfer dieser konterrevolutionären Polizeiaktion. In bescheidenster Bewertung wurde ohne wesentliche Anerkennung der Entwurf von der Nationalversammlung angenommen und damit Gesetz.

Obwohl niemand, auch nicht die Gewerkschaftsbürokratie, der traditionäre Tendenz des Betriebsrätegesetzes bestritt, waren die Versuche, dieses Gesetz zu ändern, sehr häufig. Der AFD-Block veröffentlichete einen Verbesserungsentwurf, der diskutiert wurde. Der ADGB beschäftigte sich unter dem Druck der Gewerkschaft mit einer Novelle zum BGB. Auf dem 11. Gewerkschaftstag 1922 wurde über die notwendige Änderung beraten, insbesondere der hauptsächlichsten Gesetzes-Paragraphen besprochen. Doch das alles waren nur Scheinmanöver der Gewerkschaftsbürokratie. Um Gruß dachten sie gar nicht daran, einen ehrlichen Versuch zur Änderung des BGB, weder im Parlament noch außenparlamentarisch zu machen. Sie fürchteten geradezu eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte aus Konkurrenzgründen. Sie wollten nicht einmal den Betriebsräten innerhalb der Gewerkschaften das Recht einräumen, über die Gewerkschaftsstatistik und Statale mitzuberaten und mitbestimmen. Am deutlichsten sagte das der Theoretiker des ADGB Clemens Röpke auf dem 11. Gewerkschaftstag, indem er in seiner Resolution erklärte, daß die Betriebsräte nur, soweit sie außerdem noch gewerkschaftliche Funktionen vollenden, in dieser Eigenschaft in den Gewerkscholen mitgebilden können.

Nach diesen Erfahrungen würde man annehmen, daß es fast ausichtslos sei, von der deutschen Gewerkschaftsführung eine Aktion zur Rendierung des BGB zu erwarten. Und in der Tat ist es hoffnungslos, von ADGB allein die Initiative zu einer derartigen Aktion zu verlangen. Wie notwendig trotzdem eine Rendierung der hauptsächlichsten Paragraphen des BGB gerade jetzt ist, erhebt sich aus der Tatsache, daß in der Nationalisierungsperiode den Betriebsräten immer mehr die Zukunft zufällt, den Kampf gegen die katastrophalen Auswirkungen der kapitalistischen Nationalisierung zu führen. Sie können es aber um so weniger, je mehr die Rechte der Betriebsräte durch die Unternehmerfeindschaft verschädigt werden, und je mehr damit der Einfluß der Betriebsräte auf die Belegschaft schwinder. Auch das ist dem ADGB nicht unbekannt. Zug einer Betriebsrätekreis-Folketing am 11 November 1926 wurde, wie die "Gewerkschaftszeitung" meldet, übereinstimmung die Auffassung vertreten, daß die bisherige Fassung des Betriebsrätegesetzes wenig geeignet ist, seine Durchführung zu garantieren. Es fehlen zu viel Möglichkeiten vorhanden, diejenigen Arbeitnehmer eines Betriebes, welche für energisch für die Durchführung des Misbestimmungsrechtes einstehen, zu schwächen oder zu maßregeln. Das Betriebsrätegesetz müsse wenigstens insofern geändert werden, daß derartige Missstände kraftlich unmöglich sind."

Die Kommunistische Reichsbangfraktion hat deshalb die Initiative ergriffen und nebenstehenden Antrag zur Aenderung des Betriebsverfassungsgesetzes im Reichstag eingebrocht. Ob der Gewerkschaftskollege mag selbst urteilen, ob dieser Antrag nicht das mindeste ist, was die Arbeiterklasse zu fordern hat. Jeder 2. Staubaufwühlende Arbeiter ist jetzt verpflichtet, an der Durchführung dieser notwendigen Aenderung mitzuwirken. Die Macht der gesamten Arbeiterklasse muß für die Durchsetzung dieser Mindestforderungen eingesetzt werden. Die Betriebsrätewahl 1922 ist der Auftakt! In jedem Betrieb ein revolutionärer Betriebsrat, das ist die erste Voraussetzung für den Erfolg des Kampfes!

Zusammenfassung der Betriebs- räte

Auch den nebenstehenden Abänderungen des BAG. ist auch eine bessere Zusammenfassung der Betriebsräte notwendig. Auch in dieser Richtung haben die reformistischen Gewerkschaftsführer bisher vollkommen versagt. Die kommunistische Reichstagstraktion hat deshalb in ihrem Abänderungsantrag folgendes gefordert:

9 Es wird folgender S. Gs eingesfügt:

„Für Wahrung der gemeinsamen Interessen der Lohn- und Gehaltsdienstleister treten, entsprechend dem nach Bezirken eingeteilten Ausbau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Betriebsräte als Bezirksbetriebsräte zusammen. Die Betriebe der einzelnen Industriegruppen bilden die Bezirksbetriebsräteinnovollversammlung, die zur Leitung eines Bezirksbetriebsrat wählt. Der Bezirksbetriebsrat muss mindestens 15 Mitgliedern bestehen. Es müssen in ihm die Betriebsräte der für den Bezirk wichtigsten Industriegruppen vertreten sein. Den geschäftsführenden Ausschuss, bestehend aus drei Personen, wählt der Bezirksbetriebsrat in seine eigenen Säumen.“

Die Vollversammlung findet regelmäßig alle drei Monate statt oder muß einberufen werden, wenn ein Drittel der börsennotierten Betriebsräte es verlangt. Die Einberufung der Betriebschwiegerversammlung ist die Aufgabe des geschäftsführenden Ausschusses. Die Einberufung der ersten Vollversammlung sowie der ersten Industriegruppenversammlung hat durch das Gewerkschaftsamt bzw. die zuständige Gewerkschaft des Bezirksvorortes zu erfolgen. Die Wahl der Vertreter zur Vollversammlung regelt eine besondere Wahlordnung.

Der Bezirksbetriebsrat ist als erste Instanz für alle Streitigkeiten aus dem Betriebsratseinsatz ergebenden Streitigkeiten zu verhandeln.

ständig. Er hat die Pflicht, die Erfüllung der Betriebsvertretungen zu überwachen und die Betriebsräte bei der Durchführung der im § 66 aufgeführten Aufgaben zu unterstützen. Der Bezirksozialrat, wie auch der geschäftsführende Ausschuss müssen zurückspringen, wenn die Mehrheit der Vollversammlung der Betriebsräte dies beschließt.

Die für die Geschäftsführung des Bezirksbetriebsrats erforderlichen Räume hat die Gemeinde zu stellen, in welcher der Bezirksbetriebsrat seinen Sitz hat. Die Kosten für die Geschäftsführung des Bezirksbetriebsrats sowie etwaige Auf-

© 2010 by SAGE Publications

wandentschädigungen tragen die Unternehmer. Die Kosten werden im Umlageverfahren erhoben und betragen pro Arbeitsstunde 1 Pfennig.“

Es ist ganz klar, daß die Betriebsräte mit der begleitlichen Zusammenfassung nicht warten dürfen, bis dieser Antrag von Reichstag angenommen ist. Sie müssen vielmehr, so wie z. B. in einzelnen Berliner Verwaltungsbezirken jetzt schon ihres eigenen Initiative sich zusammenschließen und gemeinsam die Errichtung der Räte der Betriebsräte fördern.

Kommunistischer Abänderungsantrag im Reichstag

Bisheriges Betriebsfördergesetz
vom 4. Februar 1920

Dresden-Löbtau, im Bürgergarten, Lübecker Str., abends 7.30 Uhr
Friedersdorf, im Kreischam Zettel, abends 7.30 Uhr

Protestkundgebung

Falkenstein i. Vogtland / Rittmar, Falkenstein i. Vogtland / Dr. Schmincke, Dresden

Vereinigungskalender

Kommunistische Partei

Sämtliche Fahnen und in den Städten vorhandenes Tuch nach bis Freitag im Sekretariat abgeben werden. Delegation am Freitag, 28. Februar, im Parteibüro. Die KP- und Stadtteilverbände sind verpflichtet, dass die Städte über die Wirtschaftssituation an die KP informieren sowie um Beschlüsse am Sonnabend auch die Delegierten abstimmen. Berl. Orgabig.

Mittwoch, den 28. Februar:

Städte 1-5. Die Unterbezirke ziehen die Vereinbarungen für den KVD fort bei ihrem Aufmarschversammlung.

Donnerstag, den 29. Februar:

Stadtteil-West. Stadtteilversammlung 7.30 Uhr im Röperdorfer Hof. Städte. Mieterversammlung im Röperdorfer Hof 7.30 Uhr. Ref.

Landtagskandidat Rennert.

Kommunistischer Jugendverband

Mittwoch, den 28. Februar:

Städte-Sch. Gruppenabend 7.30 Uhr im PZB im Septefeld. Thema: Was steht in China vor? Gen. Gen.

Donnerstag, den 29. Februar:

Städte. Gruppenabend 7.30 Uhr im Miete-Rohr-Denkmal. Bericht von der Bezirkstafelkonferenz. Gäste willkommen.

Freitag. Gruppenabend 7.30 Uhr im Gitter-Zentrum Oppelsstraße. Einen. Denktag. Gruppe willkommen.

Städte. Sch. Kommunistischer Gruppenabend 7.30 Uhr in der Erdgeschoss. Thema: Was trennt uns von der SED und Unio-

archie? Einheit sollte mit.

Städte. Gruppenabend im Treptower Hof 7.30 Uhr. Bericht von der Bezirkstafelkonferenz und Referat. Erfolgen einer He-

bilanz.

Städte. Gruppenabend 7.30 Uhr im Welt. Schumann. Simonstrasse Fortbildung des Referats: Die Lebenserhaltung. Das

heute beschafft und morgen kommt.

Nachruf!

Dienstag, den 20. Februar verschied nach kurzer, schwerer Krankheit, im blühenden Alter von 21 Jahren, unser lieber und pflichter treuer Geistlicher.

Max Hartmann

Wir wenden seiner stets in Eben reden.

Neukirch, den 21. Februar.

Im Namen der kom. Partei Deutsch.

Sektion d. III. Intern.

Ortsgruppe Neukirch (Lau).

Die Beisetzung findet Freitag, den 23. Februar, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Tolkewitz statt.

Gemeinsch. prof. Freidenker Groß Dresden Gruppe Löbtau

Den Mitgliedern zur Kenntnis, dass unser Genosse

Paul Uhlig

Königstraße 5, verstorben ist. Die Beerdigung erfolgt am Freitag, dem 25. Februar, vorm. 8.45 Uhr, im Krematorium zu Tolkewitz. Es wird gebeten, sich zahlreich zu beteiligen.

Der Vorstand.

Die Peuvag drückt alles

Dresden-A. Güterbahnhofstraße

Spezialdruck Plakate

SARRASANI

Nur noch 5 Tücher. Tarife 7.30 Uhr. Kinderfreche Familien freuen sich auf.

Heute auch um 8 Uhr

eine Aufführung stattfindet, in jeder Weise vollwertige einer

Abendvorstellung mit halb. Preisen. Kinder bis 14 Jahre

Letzte Vorstellungen unwiderruflich:

Sonntag, den 27. Februar.

Eilen Sie!

Für Faschings-Veranstaltungen Vereins- oder Privatfestlichkeiten

erhalten Sie kostenlos und schnellstens

Musiker

aller Instrumente sowie ganze Orchester, Ensembles, Trios, Solisten, Musikleiter, Tanzordner usw. zugewiesen

Öffentlicher Arbeitsnachweis Dresden u. Umg.

Fachabteilung für Musiker

Geöffnet täglich 1/2 bis 1/4 Uhr, Sonntags 11 bis 1 Uhr
Maternistraße 17 Fernruf 25881 und 24831

Dank

Allen denen, die mir bei dem Au-deutscher Lebewesen meines lieben Frau und meiner Tochter ausdrücklich Kinder ihre herzliche Teilnahme ausgedrückt, durch Käuse und Liedes des Vorschulkindes und Unterstützerin meiner Person, spreche ich hiermit meinen Dank aus.

Freib., am 22. Februar 1927.

Richard Marx

zur Leidenschaft im Namen

der Blinde-Heilige.

Gesundes Herz durch



Korn-, Gersten-
Malzkaffee

Sie werden nicht getäuscht

wenn Sie die in den Eigenbetrieben
der Genossenschaft hergestellten Korn-,
Gersten- und Malzkaffees in Ihrem
Haushalt verwenden

Unübertroffen in der Güte

Erhältlich in allen Verteilungsstellen des

Konsumentvereins

Vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder — Mitglied kann jeder werben
Eintrittsgeld 50 Pf.

Theater am Wasaplatz

Der Montag, den 26. Februar, beginnt abends 19 Uhr mit der Aufführung für Dresden:

Einbruch

Auff.-Drama in 3 Akten, u. Roberta u. Landeburg: Mar. Dritte, der Goldfischeng. "Drei kleine Kinder"

Samstag nachmittags 4 Uhr:

Schneewittchen und die 7 Zwerge

2 Bühnen in 10 Minuten von Römer

Deutscher Arbeiter-Keglerbund

Bezirk Dresden

Jena-Bend, den 26. Febr. 1927

Gr. Bauernball

Westend, Dresden-Plaue

Chemnitzer Straße

Alles Nähere siehe Arbeitersportbericht

2 Mark

kostet eine

Windladde

chemisch zu reinigen.

einschl. wasserdicht

Impregnation bei der

Großwäscherei

Dürerstraße 44

Kerzen-Artikel

Oberhändler-Vertriebung

Brauer, Bautzen

Moltkestraße

LICHTSPIELE

Schandauer Str. 73, Ecke Altenberner Straße

Ab Donnerstag bis mit Sonnabend (24.-26. Febr.)

Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren

Einer der nobelsten Großtheater mit wunderbaren Naturausnahmen

In der Hauptrolle: Dorothea Wieck

Dazu ein Lustspiel: Man steigt nach

Emelie-Wochenschau.

Anfang 6 1/2 und 8 1/2 Uhr

Nächste Woche: Der Sohn der Berge

Ein Drama zur dem Heldenepos des R. Raus

Dresdner Fischhallen U. O.

Webergasse 17 Ecke Quergasse

Telefon: Olt. 21.014 24.730 und 24.455

ArbeiterSport

Deutscher Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Dresden, Sonn-

abend den 26. Februar, findet im Westendlochloch Dresden,

Plauen-Chemnitzer Straße 10. Eintritt 15 und 22

o. o. o. Keglings-Bauernball mit großen Darbietungen und

Überraschungen statt. Humoristisch und sportlich wird alles

aufgehoben werden um Gäste und Mitgliedschaft zu ver-

den. Die Musik wird ausgeführt von der alteingesessenen Haus-

kapelle der Dresden Einwohnerchaft, sowie alle anderen Ar-

beitervereinshörde um alljährliche Unterführung eines befre-

ten wie der kommunistischen Klubs und Kreis von den

Öffentlichkeiten, sowie Kreis und Wirtschaft und deren Um-

gebung zahlreich erscheinen um gegebenenfalls eine An-

hahme vorzubereiten. Der deutsche Bundesvorstand und

Bundesmeister sowie der gesamte andere Haushaltung. Ein 1

Sachsen haben aufgelaufen. Zumal läuft auf zwei Bahnen ein

großer Sportverein Eintrachtstörten in 25 Pt. sind an der

Wahlzeit ebenfalls erhältlich. So wie nur auf diesem Weise uns der

Öffentlichkeit zeigen können. Recht recht wichtiger Auftritt

entwickelt mit "Treppen" der Beitragsauskunft Eintritt 8 Uhr.

Pionier-Sportverein 1901. Mittwoch den 28. Februar, Monatsver-

einigung.

TUSSG. 2. Bezirk. Alle Eisläufe des 2. Bezirks treffen

sich am Mittwoch den 28. Februar, 7 Uhr zum Training im

Waldsee zu Plauen. Werner haben alle Genossen wieder Er-

holung verblieben Eintrittschein ihre Adresse mit Name des

Vereins und Telefonnummer an Genossen Dr. Seidel, Dresden 1 Annenstraße 39 8 Stock zu senden.

Achtung! Metallarbeiter!

Donnerstag vormittag von 11 bis 12 Uhr Flaschentüte

in der Arbeiterschwimmhalle, Güterbahnhofstraße 2, abholen.

Die Gewerbewahl

Über die jetzt in der Sowjetunion stattfindenden Wahlen zu den Sowjets liegen noch keine endgültigen Resultate vor. Die Ergebnisse, die am 10. Februar vorlagen, gewahren jedoch schon einen Einblick in die Wahlkampagne, die auf Grund des breiten Prinzips der Sowjetdemokratie durchgeführt wird. Nach dem Wahlergebnis von 1929 neu gewählten Stadträte und Dorfräte in der RSFSR (eigentlicher russischer Sozialrat) und im Dorfsozialrat, 27 Dorfräte der Ukraine und Teilergebnissen im Weißrussland und Uralistan (Zentralasien) erhält man ein klares Bild über die Attitüde der Wähler. Die Wahlbeteiligung in den Städten stieg im Vergleich mit den letzten Wahlen 1925–1926 um 2,9 Prozent, und zwar fiel diese erhebliche Wahlbeteiligung einzig und allein auf die Industriekräfte. In den Industriestädten erreichte die Wahlbeteiligung als höchsten Prozentsatz 40,1 Prozent. In den Städten ohne Industrie ist hingegen ein Rückgang der Wahlbeteiligung um 2,4 Prozent (von 52,8 auf 50,3 Prozent) zu konstatieren.

Die Wahlbeteiligung auf dem ländlichen Lande bleibt im ganzen und gänzlich auf dem gleichen Niveau (mit Ausnahme der Ukraine, wo die Organisation der Wähler auf dem Lande besser vorbereitet wurde als in den anderen Teilen der Union). Die Wahlbeteiligung in den Dörfern beträgt in der Ukraine 57,6 Prozent (jegens 54,0) in der RSFSR 47,3 (45,3), in Weißrussland 46,6 (46,5), in Uralistan 47,8 (45,7).

Charakteristisch für die gestiegene Aktivität der städtischen Wähler ist, daß diese ausschließlich von den gewerkschaftlich organisierten Wählern aufgewiesen wird. Unter den gewerkschaftlich organisierten Wählern stieg die Wahlbeteiligung von 51,7 Prozent auf 61,6 Prozent, d. h. im ganzen um 10 Prozent. Die Wahlbeteiligung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer stieg um 3,3 Prozent, die der gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Beamten. Was die Wahlbeteiligung der gewerkschaftlich organisierten Frauen betrifft, so bleibt sie um 2,5 Prozent hinter der der männlichen Werktaute zurück, ist aber um ganze 19,7 Prozent gestiegen im Vergleich mit den letzten Wahlen (von 40,2 auf 59,9 Prozent).

Eine kurze Zunahme in der Wahlbeteiligung weist ebenfalls die Rose Armeen auf.

Unter den gewerkschaftlich nichtorganisierten Werktätern ist zumindest ein gewisser Rückgang der Wahlbeteiligung (von 2,1 Prozent) zu verzeichnen, und zwar entfällt dieser Rückgang ausschließlich auf die weibliche Bevölkerung während bei den Männern eine kleine Zunahme (von 1,4 Prozent) festzustellen ist.

Auffallend ist ferner der wachsende Einfluß der KPSSU, eine Tendenz, die bereits beim letzten Wahlgang in Er hebung stand. Der Prozentsatz der Parteimitglieder (Partei und Kommunistischer Jugendverband) in den Dorfsozialräten:

	1927	1928
KPSR . . .	15,7 Prozent	11,0 Prozent
Ukraine . . .	17,9 Prozent	10,1 Prozent
Weißrussland . . .	20,6 Prozent	15,0 Prozent

Endlich ist der Prozentsatz der Kommunisten in den Städten wieder gewachsen, und zwar von 44,2 Prozent auf 55,2 Prozent (Mitglieder und Kandidaten der KPSSU zusammen, kein Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes), und zwar in den Industriestädten von 42,2 auf 49,0 Prozent; in den Städten ohne Industrie von 44,6 auf 55,4 Prozent. Die ausführlichen Daten für die RSFSR zeigen, daß der Prozentsatz der Männer von 27,4 auf 36,5 Prozent gestiegen, der Frauen von 15,0 auf 22,2 Prozent gewachsen, der Angestellten von 46,7 auf 59,1 (um 7 Prozent) gesunken ist. In allen Industriestädten ist der gestiegerte Einfluß der Partei und die führende Rolle des Proletariats deutlich zutage.

Charakteristisch für die Wahlen ist ferner der Umstand, daß die Prozentsätze der Personen, denen das Wahlrecht abgesprochen wurde, im Vergleich mit der letzten Wahlkampagne gestiegen ist, und zwar von 5,2 Prozent auf 7,9 Prozent (für 22 Städte). Die Hauptmasse der Wählertreue bilden die Häusler und Pflaster (42,0 Prozent), darauf folgen die Familienmitglieder der Personen, denen das Wahlrecht abgesprochen wurde (31,4 Prozent). Der Prozentsatz der des Wahlrechts Verurteilten stieg unter den chemischen Geistlichen um 1,6 Prozent, den früheren Polizisten um 0,8 Prozent, den Vorbestraften um 1,4 Prozent.

Die Sowjetpreise hatte in der letzten Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß die Wahlrechtsrestriktion an verschiedenen Orten eine soziale und übertrieben streng durchgeföhrt wurde. Auf Grund der bekannt gewordenen Zahlen wird jedoch angenommen, daß derartige Fälle nur vereinzelt vorkommen. Am allgemeinsten wurden die Wahlen streng nach den Wahlregeln und -vorschriften der Sowjetunion durchgeführt.

Die Sowjetwahlen, die ein Schauplatz des Klassenkampfes im Sowjetstaat bilden, und zugleich eine Schule der politischen Bildung der werktätigen Massen, hier, in den Neuwohnungen der Sowjets, dokumentieren die Macht des Grads ihrer Bevölkerung am sozialistischen Aufbau des Landes. Die letzte Wahlkampagne zeigt die steigenden Fortschritte, die der Sowjetstaat in dieser Richtung macht. Die Bemühungen der KPSSU und der Sowjetregierung geben dahin, einerseits die nachdrücklichsten Elemente immer mehr und besser am Aufbau zu beteiligen, andererseits die rückständigsten Schichten der Werktätern in Stadt und Land zu wecken, zu organisieren und an das soziale Leben aktiv heranzuführen.

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(26. Fortsetzung.)

„So lebt dieses Buch schon das dritte Jahr . . . ja, das dritte Jahr . . . Niemand versteht es . . . Ein Buch für Kinder ist für jene, die keinen Herzens sind . . . Niemand kann es verstehen . . .“

Es lag etwas Fremdliches in seinem Brummen, und Dewitz verippte Lust, ihn noch etwas zu fragen, doch konnte er jene Fragen nicht rasch genug in Worte kleiden. Der Alte rauchte sich eine Zigarette an, hülste sich in eine Dampfwolke und schaute den kleinen Schreibgeblümchen bereits vergessen zu haben. Klimtow ging leise fort; seine Zuneigung für Fleischchen war im Wachsen begriffen, und er dachte:

„Wie schön wäre es, etwas näher bei ihm zu liegen!“

Das war nun sein Traum. Jalous Sorubin aber hatte andere Träume.

„Weißt du was, Klimtow?“ sprach er eines Tages im halbtonigen Flüsterton, „wir wollen zusehen, daß wir unter die politischen Spitzel, in die Schauspielerei kommen. Da könnten wir beide aufleben — ub!“

Sorubin schwieg — die politischen Spitzel erschreckten ihn mit ihren strengen Blicken und das Geheimnis, das ihre dicke Tägigkeit umgab, hatte für ihn etwas Beküngstigendes.

Siebentes Kapitel

Zu Hause hatte sich ein Unglück zugesetzt: Dorimedont war eines Nachts in zerstörter Kleidung, ohne Hut und Stock erschienen, mit zerkratztem Gesicht und ganz von Blut überzogen. Sein wuchtiger Körper glitt, über das vergossene Blut klatschend, Tränen; er schluchzte und sprach dumpf:

„Alles ist aus . . . ich muß fort von hier . . . in eine andere Stadt . . . nur rasch . . .“

Raisa wischte schwiegend, ohne Hoffnun sein Gesicht mit einem Brantwein und Wasser gesäuberten Handtuch ab. Ein Schauer überließ ihr dabei, und er schaute:

„Vorlebig! Ach, diese Besen, wie sie mich schlugen! Mit Ewigem, eh! Einen Menschen mit Säcken schlagen! Vorlebig! Ich bitte dich. Du verstehst das nicht . . .“

Betriebs- und Straßenzellen, heran an die Genossenschaftsarbeit!

Die Arbeit der Genossenschaftszellen ist mit der Umstellung der Partei auf Zellen von der allgemeinen Parteiarbeit stark isoliert und wieder mehr und mehr zu einer Nebtarbeit geworden. Dieses war eine durch die Änderung der Struktur des Parteiaufbaus unvermeidliche Ercheinung, die aber jetzt nach der erfolgten Umstellung der Partei bestätigt werden muss. Die Verbindung der Fraktionarbeit in den Genossenschaften mit der allgemeinen Parteiarbeit und die Leitung der erforderlichen Genossenschaftsarbeit in der Partei ist die Voraussetzung für eine richtige und erfolgreiche Genossenschaftsarbeit überhaupt.

Nach den in der Juliunummer des Parteiarbeiters veröffentlichten Richtlinien über den Aufbau der Fraktionen in den Genossenschaften sind die Grundlagen für den Aufbau und insbesondere die Arbeit der Genossenschafts-Fraktion in den Betriebs- und Straßenzellen zu suchen. Ohne daß in diesen die für die Stärkung unseres Einflusses in den Genossenschaften notwendige Arbeit geleistet wird, ist eine erfolgreiche Arbeit der Fraktionen nicht möglich, wie diese auch ohne Unterstützung der inneren Partizipanten die sich aus ihrer Arbeit ergebenden Aufgaben unter den Partizipanten und den sympathisierenden Abgeordneten nicht lösen kann.

Die wichtigste Arbeit der Partizipanten zur Unterstützung der Genossenschaftsarbeit besteht darin:

1. Die Genossenschaftsfragen in den Zellenversammlungen zu behandeln,
2. jedes Partizipanten der Genossenschaft als Mitglied einzuführen und eine dauernde genossenschaftliche Werbearbeit zu leisten,
3. zu kontrollieren, ob jedes Zellenmitglied seine Pflichten als Mitglied der Genossenschaft erfüllt und sich an der allgemeinen Genossenschaftsarbeit beteiligt.

Die Leitung der Genossenschaftsarbeit in der Zelle muss einen Genossen übertragen werden, der nicht mit offizieller sozialer Parteiarbeit belastet ist. Sofern Mitglieder der Zelle Genossenschaftsfunktionäre sind, muss die Leitung der Genossenschaftsarbeit einem dieser Genossen übertragen werden. Die Betriebszelle muss nach Möglichkeit diese Arbeit einem Genossen übertragen, der gleichzeitig im Bereich der Betriebszelle der Genossenschaft wohnt, in welchem der Betrieb liegt. Das ist vor allem deshalb erforderlich, damit zwischen den Genossenschaftsfunktionären der Zelle und der Fraktionseleitung der Betriebszelle der Genossenschaft, in deren Bereich der Betrieb liegt, eine enge Verbindung besteht. In den meisten Fällen wird sich zwischen den Genossenschaftsfunktionären der Betriebs- und Straßenzellen und den Mitgliedern der Betriebszellen-Fraktionseleitung eine Personalermäßigung lassen. Wenn die Fraktionseleitung einer Betriebszelle aus den Leitern der Genossenschaftsarbeit des Betriebs- und Straßenzellen besteht, dann sind für die Führung der notwendigen Genossenschaftsarbeit in den Zellen die Mitglieder der Fraktionseleitung selbst verantwortlich. Eine solche Personal-Union wird aber auch gleichzeitig die Arbeit vereinfachen und erleichtern. Bei einer solchen engen Verbindung der Betriebszellen-Fraktion mit den unteren Partizipanten ist für die Genossenfraktion einer Genossenschaft die größte Gewähr für die Durchführung der Genossenschaftsarbeit in der Partei und die Mobilisierung der Genossenschaftsmitglieder bei Wahlen usw. gegeben.

Die Vollzogene Fraktionarbeit in den Genossenschaften ist für die Partei eine händige Gefahr. Ohne daß der bisherige Zustand bei Polizisten Partei beeinträchtigt wird, ist aber auch seine Verstärkung der so wichtigen Arbeit in den Arbeitersiedlungen zu erwarten. Erst eine bessere Basis für die Genossenschaftsarbeit in der Partei wird unserer Einfluß in den Konsumvereinen stärken, und deshalb muß von jeder Parteileitung gefordert werden, daß sie die Genossenschaftsarbeit zumindest Bedeutung beimittelt und die für diese erforderlichen Funktionen in den unteren Partizipanten einrichtet. Mit der Einschau der Zelle für die Genossenschaftsarbeit in den Betriebs- und Straßenzellen müssen gleichzeitig die Fraktionen für die Betriebszellen-Fraktionen organisiert werden.

1,6 Millionen Tonnen Roggen verschoben!

Roggewirtschaftspolitik der Rechtsblöck-Regierung.

Das von der Deutschen Tagesszeitung bis zum Vorwärts erhobene Geschrei über Roggenknappung unter Rassischem Nachweis“ auf Grund von Veröffentlichungen der Preisberichtsstelle des konservativen Deutschen Landwirtschaftsrates hatte ein reichliches Steigen des Roggenpreis zur Folge. Die ohnedies hohen Roggenpreise von 236 Mark in der ersten Januarwoche 1927 stiegen auf 244 Mark pro Tonne Ende Januar, gegen 164 Mark im Jahre 1913. Die kommunistische Presse hat bereits darauf hingewiesen, daß die Staatsspitze Preisberichtsstelle offenbarlich gefälscht sein muß. Eine Nachprüfung auf Grund amtlicher Zahlen (die auch zugunsten der Zunker gefälscht sind) und der

Selbstmann's Haferkakao Plund Grenadierstraße 60 Pt. und Filialen

Jewsei brachte frisches Wasser, sog die Stiefe von den Füßen des Spitzels und hörte mit heimlichem Vergnügen sein Söhnen. Er sah mit Beschiedigung die Tränen und das Blut. Er war gewöhnt, blutgegeschlagene Menschen zu sehen, und ihr Söhnen rührte ihn nicht, obgleich er selbst sehr gut wußte, wie Prügel schmecken.

„Wer hat sie denn so zugerichtet?“ fragte Raisa, als der Spitzel sich ins Bett gelegt hatte.

„Kun jene . . . Sie spürten mich auf, umringten mich . . . in der Vorstadt, bei der Zwirnhälfte . . . Ich muß in eine andere Stadt . . . ich werde um meine Verleihung bitten . . . Sie schlugen mich sonst tot . . .“

Als Jewsei sich schlafen gelegt hatte, begann der Spitzel und Raisa laut miteinander zu streiten:

„Ich werde nicht mit Jahren.“ sagte das Weib mit ungezwingter Bestimmtheit.

„Schweig! Reg' einen Kranken nicht auf!“ rief mit weinerlicher Stimme der Spitzel.

„Ich fahre nicht mit!“

„Ich werde dich zwingen!“

Am Morgen schlief er aus dem trockigen Gesicht Raisas und der zornigen Erregung des Spitzels, daß die beiden sich noch nicht ausgetrieben hatten. Nach dem Abendessen drack ein neuer Streit aus. Der Spitzel, der sich den Tag über erholt hatte schlief; sein angeblichstes blaues Gesicht war furchtbar anzusehen, die rechte Hand hing in einem Verband, und mit der Linken geöffnete er drohend.

Raisa folgte bleich, doch bis auf die zunden, rollenden Augen völlig ruhig den Bewegungen seiner roten Hand und gab ihm eigenständig und kurz fast immer dieselben Worte zur Antwort:

„Nirgends fahre ich hin!“

„Warum nicht? He?“

„Ich will nicht . . .“

„Dann werde ich dich vernichten . . .“

„Ist mir egal!“

„Du wirst aber fahren!“

„Ich fahre nicht . . .“

„Das werden wir sehen! Weißt du, wer du bist? Hast du es vergessen?“

„Mir ist alles egal . . .“

„Gut!“

Berichte der Preisberichtsstelle ergibt, daß etwa 1,6 Millionen Tonnen Roggen einfach verschwunden sind.

Die Roggenerate 1926 betrug rund 6,4 Millionen Tonnen. Hinzu kommt ein Bestand von 0,4 Millionen Tonnen aus der Ernte 1925 zusammen also 6,8 Millionen To. genau 6,830 Millionen Tonnen. Nach Angabe des Leiters der Preisberichtsstelle Dr. Ael Schiabler, brauchen die Landwirte für Eigenbedarf insgesamt 1,8 Millionen To., bleibt also ein verfügbarer Rest von 5,022 Millionen Tonnen.

Bis 15 November 1926 ging von der Gesamtmenge laut Preisberichtsstelle eine Menge von 2,925 Millionen To. ob (davon selbstverständlich 1,130 und Verkauf 1,822 Millionen To.). Von 15.11 bis 15.12 wurden auf den Markt 2 Prozent der Gesamtmenge, also etwa 0,128 Millionen To. gebracht. Die Vorratsmenge soll sich jedoch in dieser Zeit um 0,738 Millionen To. laut Preisberichtsstelle verringert haben. Demnach mühten weiter 0,61 Millionen To. auf Selbstverbrauch entfallen. Obwohl die Landwirte die Selbstverbrauchsmenge größtenteils zu Beginn des Wirtschaftsjahrs von der Erntemenge absonder, ist die angegebene Menge, insgesamt 1,711 Millionen To. bis 15.12 unwahrscheinlich hoch geprägt.

Hatten wir nun fest: zum Verkauf bis 15.12 gelangte eine Menge von 1,822 Millionen To. Roggen. Die außer dem Selbstverbrauch verfügbare Menge beträgt 5,022 Millionen To., muß also noch ein Quantum von 3,110 Millionen To. in Frage kommen.

Nun berichtet aber die Preisberichtsstelle, daß am 15.12 nur noch 1,511 Millionen To. für den Verkauf zur Verfügung stehen. Wo sind die restlichen 1,6 Millionen To.? Nehmen wir an, daß ½ Million zu Futterzwecken verwendet oder zurückgestellt ist, dann ist immer noch über 1 Million spurlos verschwunden! In Wirklichkeit stehen also nicht 1,51 Millionen, sondern mindestens 2,6 Millionen To. für den Verkauf in den Scheunen der Großbauern und Junker bereit, werden im Interesse des Roggenwuchers zurückgehalten. Die hohen Roggenpreise haben gleichzeitig die Steigerung der Weizenpreise im Gefolge. Diese Wucherpolitik wird einerseits geführt durch die Schuhzölle, andererseits wird das Zurückspringen des Getreides ermöglicht durch Staatszulassungen für die auch die SPD eintrat. Gegenwärtig liegt dem Reichstag wieder eine Interpellation der Rechtsblöcke vor, in der ein zinsloser Millionentredit für die Großgrundbesitzer gefordert wird.

Das Lebensinteresse der werktätigen Massen erfordert reelle Unterstützung des von der KPd geführten Kampfes gegen die agrar-kapitalistische Wucherpolitik, gegen die Rechtsblöcker-

Ende eines „praktischen Gewerkschaftsführers“

Der frühere Angestellte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Jakob Königsberg, Mitglied der SPD Georg Jancke, wurde in voriger Woche vom Schöffengericht Königsberg wegen Unterschlagung von über 7000 Mark Verbandsgeldern zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Dieser Fall gibt erneut Anlaß für alle Gewerkschaftsmitglieder, sich mehr als bisher am Verbandsleben zu beteiligen und eine stärkere Kontrolle aller Verbandsangelegenheiten ausüben. Eine derartige Verhumpfung, wie sie obiger Fall aufzeigt, kann nur dann eintreten, wenn die Mitgliedschaft den Organisationsfragen gleichgültig gegenübersteht.

Auf der anderen Seite tragen solche Angestellten, die jegliche Kritik mit organisatorischen Mitteln oder durch Ausschlußmaßnahmen verhindern wollen, eine groÙe Schuld an solchen Fällen.

Die Gewerkschaftsmitglieder müssen dafür sorgen und darum kämpfen, daß die Freiheit der Kritik gewahrt wird und es der Verbandsleiter unmöglich gemacht wird, gegen Kritiker und Oppositionelle mit den Mitteln des Auschusses vorzugehen, wie wir es in letzter Zeit besonders im Bergarbeiterverband, Bauernverband und in anderen Verbänden zu verzeichnen haben.

Dann wird es auch möglich sein, derartige Korruptionserscheinungen, wie der obige Fall eines Sozialdemokraten im DBB-Königsberg, nicht nur auszumer

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost-Sachsen

DRESDEN-NEUSTADT		MEISSEN a. E.		MEISSEN a. E.	
Biergroßhandlung Seltner / Limonaden Ernst Giese Dresden-II., Gitterstraße Telephon 3866-1	2000	ROBERT VIERTEL / MARKT 8 KOLONIALWAREN / KAFFEE-ROSTEREI SPIRITUOSEN / ZIGARREN / TABAKWAREN	20701	MESSOW & WALDSCHMIDT NACHF. Adolf Sternberg / Elbstraße Kurz-, Weiß-, Welt- und Manufakturwaren	20715
Wasche / Schürzen / Lederwaren J. MATOWITZ Lederstraße 35	2000	Preiswerte Auswahl in Kinder- u. Puppenwagen, Lederwaren Gertrudverw. Quarg, Gerbergasse 2	20720	MEISSNER RADIO-ZENTRALE Leipziger Straße 39 - Telefon 1089 Beliebt in allen Neubebauungen Apparate - Beleuchtung - Zubehör	20725
Ernst Liebold, Rötschlächer Obermarkt, Straße 31 2000		MUGO WENZEL Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren Burgstraße 81	20726	Molkerei Meißen a. G. m. b. H. Robert-Kurtz-Straße 7	20728
ALSEA Groß-Schuhreparatur - Anstalt Kleine Meißner Gasse 2 Herrenschuhe, normal, Mf. 3,20 je Krempledner, schnellste Lieferung Annahmestellen in allen Stadtteilen	2000	SCHUH-HAUS THORNER Günstige Bezugsquelle für Schuhwaren aller Art Elbstraße 8 (Heinrichsplatz)	20730	Fell-Einkauf RICHARD HEMPEL Burgstraße 8	20732
DRESDEN-JOHANNSTADT		Stephried Heinemann, Pferd, Mandelkerne und Weizenkörner, Elbstraße 30, Heinrichsplatz	20735	CURT BROSCHEWITZ, Kaiserstraße 3 Lederwaren - Pelzwaren	20736
A. KIRSTEM UHREN / GOLDWAREN / OPTIK Bischofswitzer Straße 32	2000	Musikhause Gustav Häfler Martinistraße 1 / Musik-Instrumente oder Art / Salten / Musikalien	20738	F. W. BIER Büßgute Bezugsquelle für Kolonialwaren Hahnemannsplatz 12	20740
DRESDEN-PIESCHEN		Kaufhaus Günther Pirnaische Landstraße 12	20742	GROSS- UND KLEIN-ZSCHACHWITZ	
STRUMPF- UND WOLLWAREN ALWIN KÜMMER, Leipziger Straße 30, Alte 62	2000	Milch- u. Butterhandlung E. Vollmann	20744	Bier-Großhandlung Mar. Böhme Zschachwitz, Simonstr. 15 / Tel. Niederlößnitz 2833 Gläser- und Fassbier	20746
DRESDEN-COTTA		Kaufhaus Lachmann Nikolaistraße 2	20748	MAX BIEPER, Pirnaische Landstraße 14	20748
Leder-PU-Unterwerken / Textil und Unterhosen Selbster Alte Tapetenfabrik am Rücken	2000	LODAU		KLEINMANN'S SCHUHHAUS, Putzstraße 2 in Preiswertigkeit unvergleichlich	20750
RADEBEUL		KARL EISNER Konfektionshaus Fernspr. 2346 / Nicolaistraße 8	20752	Kaufhaus Lachmann Nikolaistraße 2 Rinderbeflebung / Dörfliche Wollwaren / Zapfenfest	20754
MODEHAUS A. REICHE RADEBEUL-NIEDERLOSSNITZ empfiehlt zu billigsten Preisen Kleiderstoffe Wäsche - Konfektion - Bekleidung	2000	EMIL SOHRAMM Altmarkt 18	20756	Paul Moosdorf Zigaretten / Zigarren und Tabakwaren	20756
Theodor Grosse Hauss- und Küchengeschäft in be- kennner Güte - Spezialwaren	2000	Linda Koban Lebensmittelhaus, Hauserstraße 8	20758	M. FARAK, Bautzner Straße 3 Manufakturwaren	20758
BISCHOFSWERDA		Fritz Weiß, Feinbäckerei Mathildenstraße 20	20760	Huthaus Lachmann Bahnhofstraße 29	20760
HOHLFELDS Arbeiter- Bekleidungs-Geschäft	2000	Lebensmittelgeschäft R. Böhne, Weissenberger Straße 5	20762	Erich Proffe Konfektion und Zertifikatoren Döbelnstraße 9	20764
REICHENAU		Hamburger Kaffeeelager durch Gräfe, Lippmeier & Co. Böhlitz Bahnstraße 5	20764	Zielachs- und Wurstwaren empfiehlt MAX KONRAD Außere Hauptzister Straße 8	20766
Fleischerei REINH. LEHMANN empfiehlt seine Fleisch- und Wurstwaren	2000	MAX KRETSCHEL Gurendstraße 9 Fleisch- und Wurstwaren	20768	Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Kurt Kurze, Bahnhofstraße 30	20768
EMIL BEHNER REICHENAU Lebensmittel Groß- und Kleinhandel	2000	LEBENSMITTEL E. Jähne, Carolastrasse 17	20770	OLIVA'S SCHUHWAREN-LAGER Bautzner Straße, sehr günstig Schuhwaren in großer Auswahl	20770
BROT- UND WEISSBACKEREI K. DRÖSLER HAUPTSTRASSE 492	2000	ZITTEL-FRIEDERSDORF		Zigarren und Tabakwaren Kurt Teich, Rathausladen	20772
EBERSBACH		Hans Wollmann Fahrer und Reparaturwerkstatt landwirtschaftl. Maschinen u. Geräte	20774	Josef Scheufler Brot- und Weißbäckerei	20774
Bernamp Säuberlich, Hauptstr. b. Kirche Uerau u. Goldwaren - Sämtliche Reparaturen	2000	Ernst H. Leubner Materialwaren	20776	Reserviert!	
BAUTZEN		S. Schmidt Spezialgeschäft für Photos und mechanische Spielwaren	20778	ERWIN WEBER Ballhaus „Zur Krone“	20778
OSKAR VOIGT empfiehlt seine WEISS- UND FEINBÄCKEREI Wendischer Graben 22	2000	Hermann Stolle Schuhmacherei u. Schuhlager	20780	Hermann Loh / Seifhennersdorf Liebhilfswerkstätte	20780
W. Pleitschmann, Wilthener Str. 43 Fahrer - Nähmaschinen Zubehörleile - Reparaturen	2000	RESTAURANT ZUR GÄRKUCHEN hält sich zum besten Bierbier an Robert Möller und Frau. Versammlungsraum der KPD Seifhennersdorf	20782	Bernd Moritz, Renftstraße 127 Görlitz zur Nation / Görlitz-Münzenberg	20782
HIRSCHFELDE		Materialwaren Gerni Güntner, neben der Chorturme	20784	EDMUND FRÖHLICH, Seifhennersdorf Fahrradhandlung u. Reparaturwerkstatt	20784
Else Wolff / Hirschfelde Molkerei-Produkte	2000	Joh. Kriebel Groß-Röhrsdorf Elegante Herren-Kleidung ferdig und nach Maß Verkauf für Bischofswerda bei Georg Lotze, Waldeck 56	20786	Bruno Ohmann Lebensmittel, Zigarren, Zigaretten	20786
KARL KUHN, Pfarrgasse 185 Lebensmittelhaus	2000	GROSS-ROHRSDORF		RÄDEBERG	
NEUGERSDORF		S. Schmidt Spezialgeschäft für Photos und mechanische Spielwaren	20788	Kaufhaus Wernicke bekannt beste Bezugsquelle	20790
Hauptfettes Rößtiers empfiehlt H. Kolbe in sämtlichen Filialen	2000	Hermann Zenker Bäckerei u. Materialwaren	20792	Kaufhaus Wernicke bekannt beste Bezugsquelle	20792
ADOLF SCHUSTER Spezialhaus für Herren-, Damen- und Kinder- Bekleidung, Anfertigung nach Maß, Größen moderner Stofflager, denkbar billige Preise	2000	BRUNO OHMANN		Groß-Röhrsdorf	
Emil Günzel, Neugersdorf Eisenwaren und Werkzeuge	2000	BRUNO OHMANN		KAMENZ	
Fachoptiker G. Kerstan am Bahnhof	2000	Joh. Kriebel Groß-Röhrsdorf Elegante Herren-Kleidung ferdig und nach Maß Verkauf für Bischofswerda bei Georg Lotze, Waldeck 56	20794	Trinit Bier der Kamenz Brauerei!	20794
Neugersdorfer Lichtspiele Hirsch-Lichtspiele Seifhennersdorf Erstklassige Programme, insb. W. Grafe	2000	BRUNO OHMANN		M. Hesse, Inh. Kurt Benad	20796
HOMMELS SCHOKOLADENHAUS Nur Ecke Albert- u. Rosenthal. Sieb trisch geröst. Kaffee ausgew. Sorten	2000	BRUNO OHMANN		Herrnstraße 5 Herren-, Damen- und Kinderwäsche Bett-, Haush- und Küchenwäsche	20798
Ewald Senf Strick- und Wollwarenhaus	2000	Ewald Senf Warenhaus Henenberg / Radeberg	20800	Restaurant Schlossberg / Ramels Bergstraße 6-8	20800